

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

37. Sitzung
25. April 2024

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.21 Uhr
Vorsitz: Marcel Hopp (SPD), stellvertretender Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Entfällt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Vorsorge Katastrophenschutz an Schulen
– **Umgang mit Erster Hilfe, Stromausfall, Brand-**
oder Amokfall
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0234](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Marcel Hopp: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stand und Perspektiven der Politischen Bildung in
Berlin unter besonderer Berücksichtigung der
Berliner Landeszentrale für politische Bildung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0230](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Aufgrund einer Entsendungsbitte des Ausschusses sind zu diesem Punkt Herr Thomas Gill, der Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, sowie als Vertretung der Fachaufsicht über die Landeszentrale Herr Dr. Ulrich Raiser und Frau Maja Schüller anwesend. – Herzlich willkommen! – Ich gehe davon aus, dass nach § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses die Anfertigung eines Wortprotokolls beantragt wird. Können wir hierüber Einvernehmen erzielen? – Das ist der Fall. Danke schön!

Dann darf ich die Anzuhörenden herzlich begrüßen. Das sind Frau Professor Dr. Sabine Achour, Professorin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Frau Ina Bielenberg, Geschäftsführerin im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. – hallo! –, Herr Safer Çınar, Sprecher beim Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg – herzlich willkommen! –, und Frau Professor Dr. Barbara Zehnpfennig, emeritierte Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau.

Damit kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und/oder Die Linke. – Das macht Herr Krüger. – Bitte schön!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank!

„... seit einiger Zeit beobachten wir, dass die Grundwerte, die unsere Demokratie tragen, nicht mehr von allen Menschen, die in Deutschland leben, geteilt werden. Rechtsextremes, völkisches und radikalreligiöses Gedankengut findet eine Verbreitung, die wir noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätten – im Inter-

net, aber auch in der analogen Öffentlichkeit. Der respektvolle Umgangston im sozialen Miteinander ist weniger selbstverständlich geworden, der Grad auch verbaler Radikalisierung hat zugenommen.“

So steht es in der Einführung der integrativen Gesamtstrategie für politische Bildung an Berliner Schulen. Manche werden es vielleicht erkannt haben. Ich glaube, wir alle stimmen darin überein, dass diese Sätze aktueller denn je sind. Die Strategie ist von 2019. Sie gilt genauso heute, und umso besser ist es, dass wir uns heute mit dem Thema beschäftigen. Da ist einerseits die Schule ein Ort, den wir uns anschauen müssen, aber anhand der Anzuhörenden sieht man, dass es auch andere Orte gibt. Junge Menschen halten sich nicht nur in der Schule auf. Sie politisieren sich auch an anderen Orten und in anderen Feldern. Umso schöner ist es, dass wir hier ein breites Spektrum an Personen haben, und natürlich wollen wir auch auf die Landeszentrale für politische Bildung schauen, auf unser Kompetenzzentrum, was die politische Bildung in Berlin angeht. Ich bin auch im Kuratorium und kriege deswegen relativ viel mit, was da passiert, aber es lohnt sich, die Arbeit hier im Ausschuss einmal darzustellen und zu gucken, wie sie im Verhältnis steht zu den anderen Formen der politischen Bildung und der Demokratiebildung, die wir in Berlin haben. – Vielleicht einmal so weit; wir sind schon in der Zeit fortgeschritten, und ich freue mich auf die Anhörung.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Herr Kollege Krüger! – Dann kommen wir zur Stellungnahme des Senats. – Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Abgeordnete! – Sie haben es gerade schon gesagt, Herr Krüger. Zum einen gewinnt es zunehmend an Aktualität, zum anderen haben wir die – mehr oder weniger – Studie, über die wir heute gesprochen haben, und wir haben unterschiedliche Räume, in denen insbesondere Kinder und Jugendliche sich politisieren können. Gleichzeitig gab es in der Kuratoriumssitzung der Landeszentrale für politische Bildung im Januar dieses Jahres einen sehr intensiven Austausch darüber, wo zum Beispiel die Aufgaben, die Themenschwerpunkte der Landeszentrale im Bereich der politischen Bildung liegen, und auch da war man sich einig, dass das ein Thema für den Ausschuss ist. Deswegen freue ich mich sehr, mit Herrn Gill und Herrn Dr. Raiser die Vertreter hier vor Ort zu haben, sodass wir diesen Punkt, diesen Akteur in dem Bereich, heute noch genauer besprechen können.

Grundsätzlich, ich habe es gerade schon gesagt, ist die Landeszentrale für politische Bildung für den Senat ein wichtiger Akteur innerhalb der Demokratiebildung in Berlin, und wir wollen ihn stärken und in den Aufgabenfeldern unterstützen, die vor uns liegen. Dabei werden wir auch innerhalb der Senatsverwaltung die Schwerpunkte in der Stärkung der Demokratiebildung und der Vermittlung der Werte des Grundgesetzes mit dem Ziel – auch das haben Sie gerade schon angesprochen, und ich denke, das eint uns alle – eines stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserer Stadt besprechen und betonen.

Ein weiteres wichtiges Hauptziel innerhalb dieser Koalition und in den Richtlinien der Regierungspolitik ist die Stärkung des Jugend-Demokratiefonds, die weitere Förderung der Jugendverbandsarbeit, der Ausbau der selbstorganisierten Jugendarbeit und die Umsetzung der Engagementstrategie durch ein Konzept der Stärkung der Jugendbildungsstätten.

Die Verortung der politischen Bildung innerhalb der Strukturen der Senatsbildungsverwaltung findet sich an drei Stellen in drei unterschiedlichen Organisationseinheiten. Wir haben zum einen in der Abteilung II die politische Bildung an Berliner Schulen im Referat II B. Da geht es um die Fächer der Berliner Schulen und um die Rahmenlehrpläne. Wir haben ebenso in der Abteilung II die politische Bildung in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, was eine nachgeordnete Behörde ist, eine nachgeordnete Einrichtung, und wir haben die politische Bildung im außerschulischen Kinder- und Jugendbereich. Das ist in der Abteilung III, im Referat III C, im Bereich der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Kinder- und Jugenddelinquenz.

Der Auftrag der politischen Bildung in den jeweiligen Organisationseinheiten beruht auf den unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen, und der Adressatenkreis erstreckt sich von Kindern, Schülerinnen und Schülern, Jugendlichen bis hin zu Erwachsenen. In all den drei Organisationseinheiten werden Vorhaben zur politischen Bildung realisiert. Einige möchte ich Ihnen gern vorstellen. Allerdings würde ich gern die Landeszentrale kurz ausblenden, denn sie wird von Herrn Gill und Herrn Dr. Raiser noch konkreter vorgestellt und viel besser als von mir, da sie mit den ganzen Themen noch intensiver vertraut sind.

Die politische Bildung an den Berliner Schulen ergibt sich aus § 1 des Berliner Schulgesetzes, und im Zeitraum von 2017 bis 2023 wurden im Rahmen dieser Zuständigkeit zahlreiche Projekte und Reformen zur politischen Bildung an den Schulen in Berlin angestoßen. Ich möchte noch einmal betonen, dass mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 einzelne Projekte weiter gestärkt beziehungsweise neue gefördert werden. Zusätzlich werden Präventionsmittel gegen Antisemitismus – das hat uns gerade das letzte halbe Jahr sehr deutlich vor Augen geführt – erhöht sowie, wie ich gerade schon sagte, als Reaktion auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel den Schulen insbesondere für Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Die Schwerpunkte bis 2023 im Bereich der politischen Bildung an Berliner Schulen lagen insbesondere in der Stärkung des Faches Politische Bildung in der Stundentafel, in der Einführung von Demokratiebildung als übergreifendes Thema in allen Jahrgangsstufen und allen Fächern, in der Einführung und dem Ausbau der Schülerinnen- und Schülerhaushalte, in der Einführung des Programms „Politische Bildung“ an Berliner Schulen mit einem Schulbudget für Projekte der politischen Bildung, in neuen Projekten zur Förderung der Partizipation von Schülern, ebenso zur Akzeptanz von Vielfalt und zur Prävention von Antisemitismus und Extremismus, in der Förderung der Demokratiebildung an Grundschulen sowie in der Förderung von Projekten und Maßnahmen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Ich möchte Ihnen noch kurz ein paar Eckpunkte und Schwerpunkte zum Bereich der politischen Bildung im außerschulischen Kinder- und Jugendbereich sagen. Grundsätzlich ist der Auftrag, Angebote der außerschulischen politischen Bildung für junge Menschen sowie der Kinder- und Jugendbeteiligung umzusetzen, für den Bereich der Jugendarbeit in § 11 des Sozialgesetzbuches VIII definiert. Ab dem 1. Januar 2020 ist in Berlin das Jugendfördergesetz in Kraft getreten, das in § 6 a Demokratiebildung und -beteiligung als Querschnittsziele alle Angebotsformen der Jugendarbeit gesetzlich konkretisiert und verankert.

Folgende Kernvorhaben sind im Doppelhaushalt 2024/2025 zur Stärkung der außerschulischen politischen Bildung und Beteiligung durch den Senat vorgesehen: Es gibt eine Weiterentwicklung des Jugend-Demokratiefonds in Berlin. Es gibt eine weitere Stärkung von Betei-

ligung und Demokratiebildung in den Bezirken über die gesamtstädtischen Mittel des Jugendfördergesetzes. Es gibt den Aufbau eines Kompetenzzentrums der Demokratiebildung und eine Beteiligung für die Kinder- und Jugendhilfe. Es kommt zum Ausbau der sieben Berliner Jugendbildungsstätten sowie zur Weiterentwicklung der Berliner Jugendstrategie und zur Implementierung eines Jugendchecks. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Wir kommen nun zur Anhörung und werden hier in alphabetischer Reihenfolge vorgehen. Sie wurden in der Einladung darauf hingewiesen, bitte die Redezeit von fünf Minuten bei Ihrem Input einzuhalten. Normalerweise sind wir da sehr großzügig. Aufgrund der knappen Zeit würde ich Sie doch bitten, die einzuhalten, damit wir dann in die Diskussion kommen können, und da können Sie gern vertieft auf die einzelnen Fragen oder Aspekte, die Sie noch haben, eingehen. – Dann wäre als Erstes Frau Professor Dr. Achour dran. – Bitte schön! Sie haben das Wort.

Dr. Sabine Achour (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft; Freie Universität zu Berlin): Ganz herzlichen Dank für die Einladung! Ich würde mich auf die Landeszentrale spezialisieren. Wenn Sie irgendwelche Fragen zu Schule haben, können Sie mich das auch alles fragen. Es sind vor allem drei Punkte, die vor dem Hintergrund der Einleitung für mich zentral sind, und ich würde gern einmal auf dieses Kompetenzzentrum, die Koordinierungsstelle der Landeszentrale, die sie als Funktion einnehmen könnte, eingehen.

Ein zweiter Punkt sind Gruppen, in denen sich noch gewisse Teilhabedefizite ausmachen lassen, zum Beispiel, wenn es um Wahlabstinenz geht, und das dritte Thema, das ich aufmachen möchte, bei dem ich die Landeszentrale sehe, Angebote zu machen, ist bei einer Critical Digital Literacy, also einer kritischen Medienbildung.

Zu diesem Kompetenzzentrum: Vor zwei Jahren war das schon mal Thema. Wir hatten auch schon mal in diesem Rahmen darüber gesprochen, im Rahmen eines Forderungspapiers der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, also des Verbandes für Politische Bildung in Berlin und bundesweit und des Landesschülerinnen- und -schülerausschusses, wo es darum geht, mit so einer Stelle, die außerschulische politische Bildungsträger mit den Schulen im Rahmen dieses Programms Politische Bildung an Berliner Schulen zusammenbringt. Wir sehen das so: Es gibt etliche Schulen, die supergutgewachsene Kooperationen haben, aber andere überhaupt gar nicht. Vor dem Hintergrund, was Sie gerade an Themenfeldern genannt haben, die ganz zentral sind, ist es wichtig, dass Lernende auch außerhalb von Politikunterricht diese Lernerfahrungen im Rahmen außerschulischer politischer Bildung machen können.

Ähnlich sieht es mit der demokratischen Schulentwicklung aus, wo gerade die außerschulische Bildung stark unterstützen könnte, bis hin zu Fortbildungen, die von Lehrkräften angefragt werden. Es lässt sich an unterschiedlichen Punkten ausmachen, dass dieser Bedarf da ist und dass da das Matching noch nicht ganz optimal ist, aber verbessert werden könnte, nämlich, weil relativ viele Anfragen bei uns im Arbeitsbereich landen und wir aber eigentlich nicht so ein Kompetenzzentrum sind und gerade viel damit zu tun haben, die Lehrkräfte für das Fach auszubilden. Wir unterstützen da gerne, aber es ist gar nicht so richtig unsere Aufgabe. Wir konnten im Rahmen eines Projektes zur inklusiven politischen Bildung, das wir mit der Landeszentrale durchgeführt haben, wo wir versucht haben, Träger des außerschulischen Feldes, insbesondere mit Förderschulen, in Zusammenhang oder in die Arbeit zu bringen, sehen, dass es da noch besondere Bedarfe gibt, und hatten uns mal die Zahlen zum Mittelab-

ruf zum Programm Politische Bildung angeguckt. Es wurde deutlich, dass auf jeden Fall noch Luft nach oben ist, diese beiden Akteure, Schulen und außerschulische Akteure, besser zusammenzubringen.

Warum gerade die Landeszentrale hier als Akteur? – Zum einen ist sie ein Akteur in Berlin, der auf der einen Seite in dieser Trägerlandschaft sehr gut vernetzt ist, zu den Schulen ziemlich gute Kontakte hat und sehr verwaltungsnah ist, was ein Vorteil ist, weil alle Fachabteilungen gut gekannt werden, und auf der anderen Seite aber eine unabhängige Stelle. Ich glaube, dass gerade diese Autonomie bei Schulen für ein großes Vertrauen sorgt, dass man sich unabhängig von Regierungsverantwortung an die Landeszentrale wenden kann, wenn man Unterstützung haben möchte. Das geht auch mit Ressourcenfragen einher. Das kann ich wahrscheinlich nicht so gut beantworten. Vor dem Hintergrund, dass wir dieses Projekt mit Sonderschulen durchgeführt und meine Mitarbeitenden daran gearbeitet haben, 15 Schulen und Träger zusammenzubringen, war deutlich, dass das Zeit und Arbeit kostet und wahrscheinlich unterstützt werden müsste.

Gruppen mit besonderen Teilhabedefiziten: Ich habe den Eindruck, die Landeszentrale macht schon sehr viel im Feld der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit und der sozialräumlichen Bildungsarbeit, sprich, dass verschiedene Gruppen versucht werden, verschiedene Kieze, Räume und Zugänge, hier aufzulegen, und dennoch würde ich sagen, dass es noch Gruppen in Berlin gibt, die wir wahrscheinlich besser erreichen sollten. Eine Gruppe wäre wahrscheinlich eher eine religiös muslimische Community, wo ich den Eindruck habe, dass die türkeistämmige Community mittlerweile durch verschiedene Angebote ziemlich gut erreicht wird. Die arabischstämmige vielleicht, aber die arabischsprachige vielleicht noch mal stärker. Hier ist die Frage, wie das aussehen könnte. Ein Gatekeeper sind sicherlich Moscheegemeinden, und kann man vielleicht noch daran arbeiten, wie hier Zugänge aussehen können, gerade vor dem Hintergrund, dass es häufig ein gemeinsames Lernen voneinander ist, dass es Möglichkeiten zum Austausch und zur Verständigung gibt. Das wäre ganz zentral. Eine zweite Gruppe, sicherlich nicht nur vor dem Hintergrund des Angriffes auf die Ukraine, wäre die postsowjetische Community.

Zur digitalen Medienbildung: Hier habe ich insgesamt den Eindruck, dass es immer ganz viel um Aufklärung geht. Das ist natürlich total wichtig. Wenn man aber sagt, es geht aber auch um Handlungskompetenzen, dass Jugendliche und Erwachsene hier selbst aktiv werden können, wäre das meines Erachtens ein drittes Handlungsfeld, wo die Landeszentrale für politische Bildung außerschulisch ein wichtiger Akteur wäre, der hier etwas anbieten könnte, um junge Menschen oder auch Erwachsene darin zu unterstützen: Wie produziere ich eigentlich selbst? Wie werde ich selbst aktiv als Bürger oder Bürgerin, im Netz zu partizipieren? – Das waren meine drei Punkte, und ich hoffe, ich habe meine Redezeit einigermaßen eingehalten. – Danke schön!

Vorsitzender Marcel Hopp: Das war vorbildlich. Vielen Dank! – Dann gehen wir gleich weiter zu Frau Bielenberg. – Bitte schön!

Ina Bielenberg (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.): Vielen Dank! Herzlichen Dank für die Einladung, der ich gern gefolgt bin! Ich könnte hier drei Stunden über politische Bildung reden. Ich habe zu Hause geübt, es müssen fünf Minuten sein. Ich habe versucht, mich zu fokussieren, damit das in den fünf Minuten klappt.

Ich bin Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten. Das ist ein Fachverband für außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Wir haben aktuell 110 Mitgliedseinrichtungen bundesweit, und wir gehören zur zivilgesellschaftlichen Struktur der politischen Bildung. Das heißt, wir sind im Feld der außerschulischen politischen Bildung unterwegs. Als Teil dieser Zivilgesellschaft sind die staatlichen Akteure politischer Bildung, die Landeszentralen und auch die Bundeszentrale, für uns sehr wichtige Partner, mit denen wir gut und auch gern zusammenarbeiten.

Der Sitz des AdB, die Bundesgeschäftsstelle, ist hier in Berlin. Wir haben aktuell elf Mitgliedseinrichtungen in Berlin, und dafür ist die Landeszentrale hier in Berlin für uns ein sehr aktueller und wichtiger Partner, mit dem wir kooperieren. Diese Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ist besonders wichtig, weil wir alle zusammen vor sehr großen Herausforderungen stehen. Einige sind schon genannt worden, Stichworte Digitalisierung, Krieg in der Ukraine, Klimawandel. – Das kann ich hier nur als Stichworte fallen lassen. Mir ist es wichtig, in diesem Zusammenhang auf die Problematik abzuheben, dass sich weite Teile unserer Gesellschaft von der Politik abgekoppelt fühlen. Sie sehen sich nicht repräsentiert, sie sehen ihre Anliegen nicht aufgenommen. Sie haben kein Vertrauen in demokratische Institutionen und auch kein Vertrauen in Politikerinnen und Politiker oder politische Akteure.

Demokratie beinhaltet aber immer das Versprechen auf Mitwirkung und Teilhabe, und sie ist auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wenn das nicht gegeben ist, gefährden wir sie von innen. Vorhin haben Sie über die Gefahren, die von außen wirken, gesprochen. So schaffen wir von innen ein Vakuum, das Demokratie gefährdet. Genau an dieser Stelle sehe ich die zentrale Herausforderung für die politische Bildung, offen zu sein für alle Menschen und diese dabei zu unterstützen, nicht nur Wissen zu erwerben, sondern Fähigkeiten zur politischen Partizipation und zur Gestaltung von Demokratisierungsprozessen, gerade in ihrem eigenen Umfeld und Alltag, weil wir Demokratie nicht nur als Staat, sondern auch als Lebensform begreifen.

Politische Bildung ist und will offen sein für alle Menschen, und es ist für alle in der politischen Bildung Aktiven eine Herausforderung, tatsächlich alle Menschen zu adressieren und zu interessieren. In einer so heterogenen Stadtgesellschaft wie hier in Berlin ist es eine ganz besondere Herausforderung, Angebote zu machen, die die unterschiedlichsten Zielgruppen von Menschen tatsächlich erreichen. Nach unserer Erfahrung und unserer Zusammenarbeit schafft die Landeszentrale in Berlin es besonders gut, auch Menschen anzusprechen, die sonst leider oft wenig von politischen Bildungsangeboten adressiert werden können.

Die Landeszentrale, Sabine Achour hat es gesagt, ist sehr gut vernetzt, und wir sind sehr froh, Teil dieses Netzwerkes sein zu können und zu dürfen. Wir erleben immer wieder, wenn es Veranstaltungen in oder von der Landeszentrale gibt, dass sehr viele dieser Einladungen folgen und wir dort im positiven Sinne netzwerken können. Wir selbst arbeiten zu ganz unterschiedlichen Themen. Immer wieder gibt es Schnittstellen mit der Landeszentrale. Fragen von Partizipation haben wir schon zusammen bearbeitet. Zum Thema Unterstützung von Jugendparlamenten haben wir gearbeitet, zu rassismuskritischer Bildung oder auch zur Frage, ob Kinder von politischer Bildung adressiert werden können.

Ich habe mir erlaubt, zum Schluss noch zwei Entwicklungspotenziale aufzuzeigen, die aus unserer Sicht eines zivilgesellschaftlichen Trägers vielleicht für die Landeszentrale von Interesse sein könnten. Ein erster Punkt, der mir wichtig ist, der noch nicht gefallen ist, ist die Stärkung der politischen Erwachsenenbildung. Das wäre uns wichtig. Wir schauen bei politischer Bildung immer sehr schnell auf junge Menschen und junge Erwachsene, und die Erwachsenen kommen oft nicht vor. Dabei haben wir, wenn ich meine Mitgliedseinrichtungen anschau, das größte Problem, mit den Angeboten Menschen in der Erwerbsphase zu erreichen. Ich glaube, da ist noch Luft nach oben, und da kann ich mir gut eine Weiterentwicklung durch die Landeszentrale vorstellen, bei der wir gern dabei sind.

Ein zweiter Punkt: Im 16. Kinder- und Jugendbericht zur Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, den ich als stellvertretende Vorsitzende der Berichtskommission mitschreiben durfte, haben wir ein sehr ausführliches Kapitel der politischen Medienbildung gewidmet, heißt, wir haben als Handlungsempfehlung formuliert, dass politische Bildung und Medienbildung in Zusammenhang umgesetzt werden sollen, weil kritische Medienbildung immer auch politische Bildung sein muss und umgekehrt. Das ist aneinander gekoppelt, und hier könnte ich mir zum Beispiel gut vorstellen, dass die Landeszentrale dafür einen dezidierten Angebotsbereich aufbaut in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Trägern. Mir geht es dabei weder um eine technische Medienbildung noch um ein Präventionsangebot, sondern um eine grundsätzliche Befähigung, die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Auswirkungen von Digitalisierung gerade im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Demokratie und Demokratieentwicklung zu verstehen und mitzugestalten. – Danke schön!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Als Nächster ist Herr Çınar dran. – Bitte schön!

Safter Çınar (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg): Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg. Wir sind von der Bundeszentrale als Bildungsträger anerkannt. Zu meiner Person: In meiner Jugend, das heißt 1983 bis 1991, war ich acht Jahre lang stellvertretender Vorsitzender, im letzten Jahr Vorsitzender, der GEW Berlin und auch für Erwachsenenbildung zuständig, sodass ich aus der Zeit schon Kontakte, Affinität zu der Landeszentrale habe.

Zum Thema: Ich fühle mich jetzt ein bisschen wie Karl Valentin. Es wurde alles gesagt, aber nicht von allen. Deswegen versuche ich, Überschneidungen zu vermeiden. Natürlich müssen die Landeszentralen, der Bund auch, sich an alle Teile der Bevölkerung wenden. Aber ich denke, dass Menschen mit einem Hochschulabschluss oder vielleicht mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung sich selbst informieren und aktiver sind in dem Bereich. Es wurde eben der Begriff „bildungsferne Schichten“ genannt – nein, „Teilhabedefizite“ wurde gesagt. Zu meiner Zeit wurde „bildungsferne Schichten“ gesagt. Da ist es sicherlich notwendig, einen Schwerpunkt zu legen. Das macht die Landeszentrale. Wir haben seit anderthalb Jahren ein Projekt „siyasi katılım“, politische Beteiligung, das zur Zielsetzung hat, erst mal Türkeistämmigen – aber jetzt machen wir das auch für andere – die Beteiligungsrechte, die keiner deutschen Staatsbürgerschaft bedürfen, vorzustellen, und da ist Bildung ein wichtiger Bereich. Von der Kita bis zur Uni haben die Eltern, die jugendlichen Kinder auch, Beteiligungsrechte, bei denen eben nicht auf die Staatsbürgerschaft abgezielt ist oder auch in Personal- und Bezirksverfassungen, und es gibt noch andere. Ich habe in diesen mehreren Seminaren erstaunlicherweise feststellen müssen, dass auch politisch aktive Menschen nicht immer über alle Möglichkeiten dieser Beteiligung ohne Staatsbürgerschaft informiert sind, und ich denke, je

mehr Menschen informiert werden, welche Beteiligungsmöglichkeiten sie haben, mit oder ohne Staatsbürgerschaft, desto mehr schafft das Vertrauen in die Demokratie. Ich kann als einzelner Bürger, ohne die deutsche Staatsbürgerschaft zu haben, zwar nicht wählen, aber in der Schule bis hin zu der Schulleitung mitbestimmen und so weiter. Insofern denke ich, dass dieser Schwerpunkt, noch nicht mal die migrantischen Communitys, die Gruppen, die in der Regel nicht so affin sind mit der Landeszentrale und deren Angeboten und Infomaterial, besonders versuchen zu erreichen, ein wichtiger und richtiger Punkt ist, und wir hoffen, dass das auch weitergeht. – Danke!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Als Nächstes ist Frau Professor Dr. Zehnpfennig dran. – Bitte!

Dr. Barbara Zehnpfennig (Emeritierte Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Passau): Ich bedanke mich auch sehr herzlich für die Einladung in diesen Ausschuss. Als Letzte in der Runde habe ich das Problem der möglichen Doppelung. Erst recht als Vertreter der politischen Theorie- und Ideengeschichte möchte ich einige allgemeine Bemerkungen zur politischen Bildung machen. Ich gehe nicht konkret auf die Landeszentrale oder andere Bildungseinrichtungen ein, sondern das Thema ist für mich, noch mal zu überlegen: Was ist eigentlich politische Bildung?

Die Demokratie ist bekanntlich die anspruchsvollste aller Staatsformen, weil sie die Bürger nicht als Untertanen, sondern als Träger und Mitgestalter des politischen Prozesses begreift. Ideal ist der mündige, der selbstverantwortliche Bürger, der das Gemeinwesen als seine eigene Angelegenheit versteht. Deshalb ist politische Bildung gerade in der Demokratie so wichtig. Sie soll zur Formung dieses mündigen Bürgers beitragen. Dazu muss sie erstens politisch relevantes Wissen vermitteln. Die Bürger müssen wissen, wie die Demokratie funktioniert, was sie bewahrt und was sie gefährdet, zum Beispiel der politische Extremismus in all seinen Varianten. Doch dieses Wissen ist nicht das Ziel der Bildung, sondern nur das Mittel. Das eigentliche Ziel ist es, die Bürger zu einem vernünftigen, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Wissen zu befähigen. Es geht um die Herausbildung von politischer Urteilskraft. Diese kann nicht von außen implantiert werden. Jeder Mensch muss sie in sich selbst entwickeln, und deshalb muss die politische Bildung zweitens Anreize setzen für diesen inneren Bildungsprozess.

Welches ist der beste Anreiz? – Meines Erachtens ist es die Vielfalt der politischen Perspektiven, auch die Erfahrung von Widersprüchen. Einander widersprechende Sichtweisen kann man nicht einfach nebeneinander stehen lassen. Sie regen zum Nachdenken an, zum Argumentieren, zu eigener Positionierung, die begründet sein will. Deshalb sollte die Präsentation einander widerstreitender Meinungen und politischer Positionen einen wesentlichen Teil der politischen Bildungsarbeit ausmachen. Sie muss den Pluralismus widerspiegeln, der das Lebenselixier der Demokratie ist. Das bedeutet aber, dass politische Bildung nicht selbst politisiert sein darf, dass sie sich nicht selbst einer der Seiten im pluralistischen Spektrum zuschlagen darf. Natürlich muss sie immer aufseiten der Demokratie sein. Diese Art von Parteinahme ist ihr erlaubt und sogar ihre Pflicht. Darüber hinaus ist sie aber gehalten, durch die Präsentation alternativer Deutungen und Lösungsvorschläge für politische Probleme Denkanstöße zu liefern, die jenen inneren Prozess im Empfänger auslösen, durch den er seine Urteilskraft fortentwickelt. Das Denken darf ihm nicht abgenommen werden, im Gegenteil, er muss dazu angeregt werden.

Sorgen muss es deshalb bereiten – jetzt komme ich zu einem inhaltlichen Punkt –, wenn sich, wie gegenwärtig zu beobachten, identitätspolitische Ansätze zunehmend in Bildungseinrichtungen ausbreiten und von den Universitäten ausstrahlend möglicherweise auch die politische Bildung beeinflussen. Warum ist das ein Problem? – Man könnte sagen: Macht doch nichts. – Das ist auch eine Position. Identitätspolitik ist, wie der Name schon sagt, eine Bewegung mit politischer Zielsetzung. Sie will die Ansprüche bisher angeblich oder tatsächlich marginalisierter oder diskriminierter Kollektive wie die Frauen, die Transgender, die Muslime und so weiter gegen die sogenannte Mehrheitsgesellschaft geltend machen. Dabei unterstellt sie ihre Deutung als wahr, ihre Ziele als gerecht. Selbstverständlich kann sich die Wissenschaft, kann sich die politische Bildung mit der Identitätspolitik auseinandersetzen und soll es auch. Wenn sie aber selbst vom Boden der Identitätspolitik ausgehend denkt, hat sie ihre Ergebnisoffenheit eingebüßt, weil sie sich in den Dienst einer politischen Zielsetzung gestellt hat. Dann kann sie diese Ziele und die ihnen zugrunde liegenden Deutungen nicht mehr kritisch reflektieren. Demokratische Bildung muss frei sein. Sie darf sich nicht politisch binden. Nur so eröffnet sie auch den geistigen Freiheitsraum, der es den zu Bildenden ermöglicht, Urteilsfähigkeit zu erwerben und dann ganz eigenständig, ohne Indoktrinierung, die individuelle Position zu finden. Politische Bewegungen, die die Deutungshoheit für sich allein beanspruchen und durchzusetzen versuchen, sind für die Demokratie gefährlich. Demokratische Bildungseinrichtungen sind dazu da, solche Ansprüche kritisch zu hinterfragen. Sie dürfen sich niemals mit ihnen gemein machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Beratung, und als Erstes ist Frau Kollegin Brychey dran. – Bitte schön!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zuerst wollte ich den Senat fragen, auch Bezug nehmend auf die einleitende Stellungnahme: Wir haben eine sehr schwierige Situation. Wir haben mittlerweile zwei Kriege, in der Ukraine und in Nahost, die einiges verändert haben. Wir haben in der letzten Bildungsausschusssitzung darüber gesprochen, dass rechtsextreme Vorfälle an Schule zunehmen. Dann ist die Frage, wie sich die politische Bildung insgesamt in Berlin bei so diversen Krisen und Anforderungen aufstellt und wie darauf reagiert wird. Deswegen wollte ich fragen, mit welchen Maßnahmen der Senat generell die politische Bildung hier stärkt, damit wir diesen Krisen gerecht werden.

Dann wollte ich fragen, weil wir vorhin über die PMA-Auflösung gesprochen haben, dass weitere 2 Prozent aufgelöst werden müssen, und ich weiß, dass wir noch nicht so weit sind, dass wir über die einzelnen Titel sprechen. Aber ich wollte fragen, ob die politische Bildung generell von der PMA-Auflösung betroffen sein wird, ob es in diesem Bereich Kürzungen geben wird.

Dann ist es so, dass die Mittel der Bundeszentrale empfindlich gekürzt worden sind, und deswegen wollte ich fragen, welche Auswirkungen das auf die Landeszentrale in Berlin hat. Wir haben lange über den zweiten Standort im Osten der Stadt gesprochen, weil wir wissen, dass nicht alle Menschen zum Zoo kommen, sondern dass es sogenannte Einzugsgebiete, Bereiche gibt, wo Menschen vorbeikommen, wie der Stand beim zweiten Standortes ist, wann er eröffnet werden kann. Eigentlich hatten wir gedacht, dass er im Mai eröffnet wird. Wie ist der aktuelle Stand an dieser Stelle?

Eine letzte Frage an den Senat, nämlich zu der Frage der Zugänge. Wir haben gehört, dass wir erwachsene Menschen haben, die bisher weniger im Fokus standen, oder Migrantinnen und Migranten und junge Menschen, die kein Abitur, keine akademische Ausbildung haben, die die Angebote der Landeszentrale und der politischen Bildung stärker wahrnehmen sollten. Wie erreichen wir insbesondere diese Zielgruppen, die noch nicht die Zugänge haben?

Frau Professor Dr. Achour wollte nach der kritischen Medienbildung fragen. Eigentlich haben Sie es alle gesagt, auch Frau Bielenberg hat das ins Feld geführt. Wir hatten gestern diesen TikTok-Vorfall, über den die Senatorin informiert hat. Wie können wir diese kritische Medienbildung mit der politischen Bildung verbinden, weil völlig klar ist, dass wir in den sozialen Medien ein Paralleluniversum haben und dort sehr viele Fake News verbreitet werden, ohne dass widersprochen wird. Es ist gar keine kritische Instanz mehr vorhanden. Wie können wir diese Herausforderung generationenübergreifend annehmen, zum Beispiel in der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte, die wir haben?

Dann wollte ich Frau Bielenberg noch fragen: Sie haben sehr gut beschrieben, dass es ein ganzes Netzwerk ist, und dass wir hier sehr viele Akteure haben. Welche Hindernisse gibt es aktuell, oder was fehlt noch, sodass wir die politische Bildung in Berlin stärken können? Sie hatten schon angesprochen, dass die Erwachsenenbildung, auch die Medienbildung ein Bereich sein könnte.

Herr Çınar hat darauf hingewiesen, dass nicht alle eine deutsche Staatsangehörigkeit haben, und dass es sehr schwierig ist, sich ohne deutsche Staatsangehörigkeit, wenn man nicht wählen darf, zu beteiligen, dass es aber sehr viele Beteiligungsmöglichkeiten gibt es, bei denen nicht darauf geguckt wird, ob jemand hier geboren ist, ob er die Staatsangehörigkeit hat oder

ob er die vielleicht später noch annimmt und so weiter. Ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner haben keine deutsche Staatsangehörigkeit, leben hier, arbeiten hier, tragen hier zum Gemeinwesen bei, dürfen sich aber im Moment noch nicht an der Wahl beteiligen, es sei denn, sie haben EU-Staatsangehörigkeit und dürfen hier im Rahmen der EU-Staatsangehörigkeit wählen. Welche Möglichkeiten gibt es, dass diese Menschen nicht ausgeschlossen sind?

Frau Professor Dr. Zehnpfennig! Sie haben darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass es auch Widerspruch gibt, was ich auf jeden Fall teile. Wie bewerten Sie es, wenn es Räume gibt, wo es keinen Widerspruch mehr gibt, zum Beispiel in den sozialen Medien, wenn Fake News verbreitet werden und die jungen Menschen gar keine Möglichkeit haben, das zu überprüfen? Welche Maßnahmen müssen hier getroffen werden, um diesem Phänomen zu begegnen? – Danke!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank, Frau Kollegin Brychcy! – Ich wechsle jetzt mal den Hut vom Ausschussvorsitzenden hin zum Sprecher meiner Fraktion.

Marcel Hopp (SPD): Ich muss erst mal gucken, welche Fragen bei mir noch übrig sind. – Ich würde auch gern bei der Wahlbeteiligung ansetzen. Wir haben in Berlin Stadtteile, die strukturell sozial benachteiligt sind. Das geht oft mit einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung einher. In meinem Wahlkreis, in der Gropiusstadt, gibt es Kieze, die eine Wahlbeteiligung haben, und ich rede jetzt nicht von der Wahlwiederholung, sondern von regulären Wahlen, von unter 50 Prozent der Wahlberechtigten. Die Frage, wer noch wahlberechtigt sein könnte, ist noch eine andere Frage, aber sie sind massiv unterrepräsentiert, wo sich strukturell fast schon die Frage der Legitimation stellt, der Demokratie am Ende des Tages.

Sie sind, insbesondere Frau Achour, auf die aufsuchende politische Bildung eingegangen. An alle Sachverständigen, aber auch an die Landeszentrale – ich glaube, dass das ein zentraler Punkt ist –: Mich würde interessieren, welche Ansätze der aufsuchenden politischen Bildung besonders vielversprechend sind oder sich als wenig zielführend herausgestellt haben, denn das ist ein sehr breites Feld. Auch die Frage, ob man über den Tellerrand hinaus blickt, Kooperationen als Stichwort oder nicht nur Kooperationen, sondern auch andere Sektoren, die man mitdenkt, zum Beispiel Kulturveranstaltungen, die gar nicht in erster Linie etwas mit politischer Bildung zu tun haben. Mich würde interessieren, was Ihre Expertise und Perspektive auf dieses Thema ist.

Social Media wurde angesprochen, und Frau Brychcy ist auf die kritische Medienbildung eingegangen. Das ist eine Seite der Medaille, die ich auch für sehr wichtig erachte. Die andere, und das gilt für alle hier am Tisch sitzenden Akteurinnen und Akteure: Die Frage ist nicht nur: Wie befähigen wir Menschen dazu, beim Konsumieren von Medien eine kritische Haltung und Medienkompetenz zu haben? –, sondern die Frage ist auch an uns: Was machen wir als Akteure in diesem Diskurs? Vor allem besetzen wir sie. Mich würde interessieren, sowohl bezogen auf Wissenschaftskommunikation, zivilgesellschaftliches Engagement oder auch auf die Landeszentrale, was die Ansätze sind, um beispielsweise Präsenz auf TikTok zu zeigen und die Verantwortung für diese politische Bildung auch in diesem Diskursraum wahrzunehmen. Das bezieht sich auf junge Menschen in diesem Fall. Mich würde aber auch interessieren: Ich glaube, es geht ganz viel um die Frage, wie wir junge Menschen insbesondere dazu befähigen, ein Gefühl zu bekommen, in dieser überalterten Gesellschaft teilhaben zu können. Wenn Sie konkrete Hinweise für uns heute hier haben, wäre ich sehr dankbar.

Der Landeszentrale stellt sich, glaube ich, oft die Frage des Spannungsfeldes zwischen Neutralität, Akteur und Mitverantwortung in der wehrhaften Demokratie. Ich glaube, das ist ein interessantes Spannungsfeld. Mich würde interessieren, was Schwerpunkte sind, wie Entscheidungen, Ausrichtungen oder auch Abgrenzungen getroffen werden, und auch die Frage nach Kooperationen mit anderen Bundesländern, mit anderen Landeszentralen. Wie findet die statt?

Frau Bielenberg! Zur Erwachsenenbildung: Mich würde noch interessieren – eigentlich geht die Frage an alle –, wie man vor allem diejenigen möglichst auf Augenhöhe politisch bilden und abholen kann, die als Einwanderer hierherkommen. Wie holt man diejenigen ab, die in dieses Land einwandern, abgesehen von Top-down-Integrationskursen, sondern in der Frage von Teilhabe schaffen, Partizipation schaffen? Andersherum ist es auch ein Punkt, der viel zu oft nicht genannt wird, denn ich glaube, dass insbesondere die Gastarbeitergenerationen auch politisiert sind. Ich erinnere an die südkoreanische Gastarbeitergeneration. Die hat dafür gekämpft, dass sie hier in Deutschland bleiben kann und unbefristete Aufenthaltstitel bekommt. Das heißt, die Frage ist, wie diese kommunizierenden Röhren gegenseitig aufgebaut werden können, und mich würde interessieren, wie da die Ihre Perspektive ist.

Eine letzte Anmerkung zu Frau Professor Dr. Zehnpeffnig: Sie haben auf die Gefahren von Identitätspolitik hingewiesen. Da hätte ich eine Verständnisfrage. Ich gebe Ihnen absolut recht, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der es umso wichtiger ist, dass man sich zuhört, dass man in einem demokratischen Diskurs miteinander auch Widersprüche aushält, Ambiguität. Vielleicht können Sie das noch konkretisieren, denn ich würde sagen, ohne die Frauenbewegung hätten wir keine Gleichstellung zwischen Mann und Frau und ohne das Engagement der queeren Community würden wir heute nicht über die Ehe für alle oder das Selbstbestimmungsgesetz sprechen, ohne das Engagement von Migrantenselbstorganisationen würden wir auch nicht über die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund sprechen. Das kann man auch als Identitätspolitik abtun. Mich würde interessieren, wie Sie das konkret gemeint haben, denn ich finde, es ist eine Bereicherung für eine pluralistische Demokratie, dass Minderheiten für Gleichstellung kämpfen, was, ehrlich gesagt, der Auftrag an uns alle verfassungsrechtlich ist – sie herzustellen. Vielleicht können Sie noch mal darauf eingehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Als Nächstes ist Herr Krüger dran. – Bitte schön!

Louis Krüger (GRÜNE): Vielen Dank, auch an die Anzuhörenden! Ich habe es weniger nach Personen, sondern mehr nach Themen sortiert. Zur Gesamtstrategie politische Bildung, aus der ich am Anfang zitiert habe: Wie ist da der Stand der Umsetzung? Soll die überarbeitet, evaluiert, ausgebaut werden?

Im Jahr 2009 hat die KMK die Stärkung der Demokratieerziehung als zentrale bildungspolitische Aufgabe beschlossen. Sieht der Senat das auch so, und welchen Stellenwert hat die Demokratieerziehung bei der Fokussierung auf die sogenannten Basiskompetenzen? Gehört die Demokratieerziehung dazu? Ist das auch eine Basiskompetenz?

Zum Verfügungsfonds: Da haben wir einen Teil, der für politische Bildung reserviert ist, der am Anfang durch Corona eher schleppend angelaufen ist, wo wir aber von 2022 auf 2023 eine

Verdopplung in der Verausgabungen gesehen haben. Man sieht, das läuft doch sehr gut an. Nichtsdestotrotz bleibt noch ein bisschen Geld liegen. Wir hatten 2023 1,25 Millionen Euro von 2 Millionen Euro ausgegeben. Da wäre die Frage: Wen erreichen wir schon, und wen erreichen wir vielleicht noch nicht, und wie kann man das verbessern?

Zur Medienbildung habe ich die Frage, inwiefern das bei der Schuldigitalisierung mitgedacht wird. Wie kommen wir über die LUSD, WLAN und Tablets hinaus, und welchen Stellenwert hat dabei die Medienbildung?

Zur Landeszentrale für politische Bildung wurde gerade schon viel über Personen mit Teilhabedefiziten gesprochen, und darüber haben wir im Kuratorium schon öfter gesprochen. Wie kann man diese Zielgruppen über die aufsuchende politische Bildungsarbeit erreichen? Wie unterscheidet sich die Landeszentrale von anderen Bereichen der politischen Bildung in Berlin? Wer hat welches Aufgabenprofil?

Zur positiven Entwicklungen der Landeszentrale in den letzten Jahren nach dem Coronaknick: Ich weiß aus dem Kuratorium, dass die Besucherinnen- und Besucherzahlen, die Ausleihen und so weiter wieder gestiegen sind. Vielleicht können Sie das dem Ausschuss darlegen. Es wurde gerade schon gesagt: Die Landeszentrale in Berlin ist gut vernetzt, schafft es, auch die Heterogenität in der Stadt abzubilden. Deswegen die Frage: Ist das vielleicht etwas, wo die Berliner Landeszentrale eine Vorreiterposition im Vergleich zu den anderen Landeszentralen in Deutschland hat?

Dann bin ich auch auf den neuen Standort gespannt. Ich habe den neuen Besprechungspunkt von SPD und CDU gesehen. Der heißt „Berlins Landeszentrale für politische Bildung stärken: für einen zweiten Standort im Osten der Stadt“. Insofern frage ich mich auch: Wann wird es den zweiten Standort geben?

Dann noch zwei kleinere Punkte, einmal haben wir das Wahlalter 16 für die Abgeordnetenhauswahl beschlossen. Da gab es eine Reihe von Begleitbeschlüssen, unter anderem den mit der Nummer 2, bei dem es darum geht, die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Schülerinnen und Schüler im Verlauf ihrer Schulzeit in das Abgeordnetenhaus, in den Bundestag und so weiter gehen können. Wie werden diese Voraussetzungen geschaffen? Was sind die Voraussetzungen? Was tut der Senat dafür? Hält der Senat diese Zielstellung für realistisch, alle 300 000, 400 000 Schülerinnen und Schüler, die wir in Berlin haben, einmal durch das Abgeordnetenhaus und den Bundestag oder eine andere Institution durchzukriegen? Ich weiß, wie viel Aufwand ich schon mit den Gruppen hatte, die es gerade gibt. Insofern habe ich da ein bisschen meine Zweifel.

Vielleicht auch an die Anzuhörenden: Halten Sie diese Institutionenkunde für effektiv und erschöpfend? Ist die politische Bildung damit getan, wenn wir alle Schülerinnen und Schüler einmal hier im Abgeordnetenhaus hatten und sagen können: Check! Jetzt haben wir unseren Auftrag erfüllt?

Zur Frage der Träger und der Finanzierung: Da hatten wir im Rahmen der letzten Haushaltsverhandlungen gewisse Schwierigkeiten. Zum Glück ist viel gerettet worden. Die Amadeu-Antonio-Stiftung zum Beispiel ist aber aus dem Bildungshaushalt rausgefallen, ohne dass mir jemand jemals erklären konnte, an welchen fachlichen Gründen es liegt, dass genau die raus-

gefallen sind. Insofern da einmal die Frage Richtung Senat: Wie werden die Entscheidungen getroffen, welche Träger weiter finanziert werden und welche rausfallen, und wie kommen wir insgesamt zu einer Art konstanten Förderung, weil wir das Problem haben: Ich empfinde Demokratiebildung, politische Bildung als eine Grundaufgabe und nicht als etwas, bei dem man alle zwei Jahre neu verhandelt, wer wie viel Geld kriegt und wie viel wert uns die politische Bildung ist. – Gibt es da vielleicht Ideen? Wir hatten das in der Landeszentrale, wo die verschiedenen Träger der politischen Bildung zusammengekommen sind, und da war ein ganz großes Thema: Wie kommen wir zu einer langfristigen Finanzierung? Wie kommen wir zu einer Finanzierung von politischer Bildung als Grund- und Daueraufgabe?

Vorsitzender Marcel Hopp: Lieben Dank! – Frau Kollegin Dr. Lasić, bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank! – Ich knüpfe an dem Punkt Haushalt an, an Herrn Krüger. Wir haben das alle hier bei den Haushaltsberatungen mitgemacht. Es war schon ein Kraftakt, zum Schluss die politische Bildung in dem aktuellen Haushalt 2024/2025 mit dem angemessenen Stellenwert zu bedenken, angefangen bei der Rücknahme der Kürzung bei verschiedenen Akteuren, die im Bereich der Demokratiestärkung aktiv waren, über die völlig überfällige Stärkung der Jugendbildungsstätten, zum Beispiel an der Stelle des Wahlalters 16, all das, was der Senat genannt hat, sodass ich mich freuen würde, wenn wir es das nächste Mal bei der Aufstellung des Haushaltes nicht durch die parlamentarische Korrektur machen müssten, sondern wenn es von vornherein dran wäre.

Gemeldet habe ich mich aber wegen mehrerer Punkte, die von den Anzuhörenden genannt waren. Frau Bielenberg! Ich fang bei Ihnen an. Ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, dass Sie den Schwerpunkt der politischen Bildung in der Erwachsenenbildung angesprochen haben, denn wir rutschen alle, insbesondere wir in diesem Gremium, viel zu schnell in den Bereich, in dem es um Jugend, Schnittstelle Schule geht, und vernachlässigen den Bereich dezidierten lebenslangen Lernens. Aber wir haben uns aus meiner Sicht selbst den richtigen Maßstab gesetzt, indem wir die Landeszentrale dezidiert im Erwachsenenbildungsgesetz verankert und dementsprechend den Auftrag an der Stelle klar definiert haben. Deshalb muss zwangsläufig mangels Alternativen dieser ganz wichtige Bereich des lebenslangen Lernens über die Landeszentrale laufen.

Ich würde gern seitens des Senats genau zu dem Punkt Klarheit haben, denn es war meine Wahrnehmung, auch aus den Erfahrungen im Kuratorium, dass bei uns im politischen Raum noch eine bessere gemeinsame Verständigung erreicht werden muss darüber, was formalgesetzlich der Auftrag der Landeszentrale an der Stelle ist, dem sie gerecht werden muss, der sich aus der gesetzliche Verankerung ergibt.

Frau Zehnpfennig! Ich bin Ihnen dankbar für das angesprochene Thema, aber während wir auf der einen Seite viele Gemeinsamkeiten haben, gehört der Punkt, den Sie angesprochen haben, zu den strittigen in diesem Raum, und das gehört dezidiert zu einer Anhörung dazu, gerade, wenn es um den Umgang – ich nehme das Beispiel, das Sie genannt haben – mit Identitätspolitik, den Umgang der Institution mit dem Thema geht. Wie geht man an der Stelle damit um? Wir haben hier die Landeszentrale als eine Institution da, sodass die Landeszentrale vielleicht für sich selbst dazu spricht – meine Bitte an den Senat wäre, dass das erlaubt wird –, wie seitens der Landeszentrale genau mit diesem Spagat der notwendigen differenzier-

ten Haltung und auf der anderen Seite – – Wie wird mit diesem Spagat seitens der Landeszentrale an der Stelle umgegangen?

Der letzte Punkt ist auch wieder an den Senat gerichtet: Was können wir von der Bundesebene lernen? Insbesondere an der Schnittstelle im Umgang mit der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es, sagen wir mal, Erfolgsmomente, die wir vielleicht auf die Landeszentrale übertragen können. Ich habe nämlich zum Beispiel irgendwo gelesen, dass es parlamentarische Abende der Bundeszentrale gibt, in denen man im differenzierten Austausch über die üblichen Verdächtigen, die wir nun mal sind, hinausgeht. Wäre das nicht ein Format, das wir ermöglichen können, das Sie ermöglichen könnten, damit wir hier auf die Ebene einen höheren gemeinsamen Verständigungsgrad erreichen, was die jeweilige Rolle ist, was die Erfolge sind, wo es besser werden muss und mit dem wir die wehrhafte Demokratie in allen ihren Facetten gemeinsam stärken?

Stellv. Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – In der Reihenfolge der Wortmeldungen wäre jetzt Herr Kollege Lenz dran. – Bitte schön!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank! – Ich darf direkt anschließen an das, was Frau Lasić schon angedeutet hat. Es ist in der Tat so, dass wir hier im Raum nicht in allen Dingen einig sind, in manchen schon, vielleicht in vielen schon, aber in einigen nicht. Wir sind auch in zentralen Dingen, glaube ich, nicht einer Meinung, was die Aufgabe der Landeszentrale angeht. Umso mehr bin ich den Oppositionsfraktionen dankbar für die Anmeldung heute, weil uns das Gelegenheit gibt, hier mal ganz grundsätzlich zu reden. Das müssen wir, glaube ich, auch noch fortführen, denn, Sie haben es genannt, unsere Gesellschaft steht wirklich unter Druck. Ich bin Innenpolitiker. Ich weiß, was passiert, wenn es uns nicht gelingt, da den Druck rauszunehmen, wenn die Leute abgleiten, wenn es in Kriminalität geht, und zwar sind wir in vielen Bereichen unter Druck. Es gibt verschiedene Phänomenbereiche. Der Rechtsextremismus ist sicher ein großes Problem, aber es gibt auch die anderen Phänomenbereiche, den Linksextremismus, den islamistischen Extremismus. Alles ist hier in Berlin zur Genüge vorhanden, und insofern ist politische Bildung wichtig, allein als präventive Maßnahme, dass uns die Gesellschaft nicht auseinanderfliegt.

Jetzt ist die Frage, wie man dem am besten begegnen kann. Dafür ist zunächst einmal zu klären, was Aufgabe der politische Bildung ist und was nicht Aufgabe von politischer Bildung ist. Dieser Diskurs ist so alt, wie politische Bildungsarbeit geleistet wird, aber nichtsdestotrotz muss man hier mal grundsätzlich drüber reden, denn es ist so, dass politische Bildung im Bundesgebiet unterschiedlich gelebt wird. In Berlin wird sie in einer bestimmten Form praktiziert und gelebt, und das kann man durchaus kritisch sehen. Es ist Teil von politischer Bildung zu lehren, dass man Dinge unterschiedlich sehen kann. Die Stichworte sind hier alle genannt worden, auch von den Sachverständigen, aber auch vom Kollegen Hopp zum Beispiel, und das ist eine Frage, die ich gern an Sie als Sachverständige stellen möchte, weil Sie alle hauptberuflich politische Bildung betreiben: Wie ist das? Ist man da Akteur, Nichtakteur? Ich würde das auch gern Herrn Gill fragen. Sie sind hier der Chef. Sehen Sie sich eher als Akteur, oder sehen Sie sich als Nichtakteur? Machen Sie eher Politik, oder machen Sie eher Bildung? Wie sehen Sie Ihre Rolle? Ich möchte das nur erfahren. Es ist hier nicht der Ort, zumindest nicht heute, um die Praxis über die Kriterien zu legen. Aber erst einmal möchte ich gern hören, wie Sie das als Sachverständige finden und wie Sie das vom Selbstverständnis her hier in Berlin sehen, Herr Gill, und wie Sie das in Berlin machen.

Es ist so, dass man nicht ganz frei ist. Man kann das nicht völlig anders machen als im restlichen Bundesgebiet. Man muss sich verständigen. Und noch einmal: Das ist ganz wichtig.

An die Sachverständigen noch andere Fragen: Frau Professor Zehnpfennig! Sie haben es ganz grundsätzlich mal angerissen, was jetzt Aufgabe ist und wo ein Problem entstehen könnte, wenn man zu sehr Gruppeninteressen nachgeht und Gruppeninteressen abbildet. Ich verknappe das mal, und dann würde ich das auch gleich weiten an die anderen Sachverständigen, wie Sie das sehen, ob Sie das nicht als Problem sehen, wenn eine reine Fokussierung auf Interessen bestimmter Gruppen, Minderheiten dazu führt, dass man sich zu wenig um die breiteren Gesellschaftsgruppen kümmert. Wenn man sich ausschließlich um Minderheiten kümmert, wenn man sich ausschließlich darum kümmert, dass bestimmte Gruppen, die außen vor sind, Zugänge bekommen, was sicherlich ein wichtiger Punkt ist, wenn man aber darüber den restlichen Teil der Bevölkerung nicht anspricht, sei es, weil man sagt, das ist nicht notwendig oder sei es, dass man sagt, dafür hat man die Ressourcen nicht, wenn man das unterlässt, ob Sie da auch Risiken sehen, das Risiko einer Entkopplung beziehungsweise, um es positiv zu formulieren, dass sich das verselbstständigt, und dass man sich so auf dieses Ziel fokussiert, dass man das andere Ziel gar nicht mehr bedienen kann oder vielleicht auch gar nicht mehr bedienen will.

Um abzuschließen, ich weiß ich schon, dass jetzt wahrscheinlich ein bisschen Schwung hier in die Debatte kommt, aber dafür ist auch Politik da: Herr Hopp! Sie haben es schön gesagt, und ich wiederhole es einmal, weil uns das in der Tat trennt. Sie haben hier diverse Erfolge von politischer Bildungsarbeit genannt, und Sie haben gesagt, das ist doch ganz toll, das könne man doch nicht infrage stellen, und haben als Erfolge die Gleichstellung von Mann und Frau und die Verwirklichung der Ehe für alle genannt. Da würden Ihnen bestimmt noch andere Dinge einfallen und würden sagen, das ist sind die Früchte von Bildungsarbeit. Ich sage Ihnen: Das darf nicht Frucht von politischer Bildungsarbeit sein. Das kann vielleicht Frucht von guter Politik sein, aber nicht von politischer Bildungsarbeit, denn all diese Punkte sind das Ergebnis mehrheitlich getroffener politischer Entscheidungen, und politische Bildung soll einfach zum Diskurs befähigen, soll Mündigkeit herstellen, soll in die Lage versetzen, solche Dinge auszutragen und dann entscheiden. Das soll das Besteck dieser Debatten schützen, soll die Auseinandersetzung schützen, soll die Basis dafür schaffen, sich streitend auseinanderzusetzen und nicht ergebnisorientiert vorzugehen, zu arbeiten und soll gerade nicht Ergebnisse hervorbringen, soll nicht Akteur sein, sondern soll Schulen erziehen, sodass die Leute in einer freiheitlichen Gesellschaft selbst Akteur sein können. Wir sind da schon sehr stark auseinander, und dabei möchte ich es erst mal bewenden lassen. Ich möchte noch nicht direkt in die Debatte. Ich wollte Ihnen nur die Debatte darstellen und würde Sie als Sachverständige doch einmal bitten, hierzu grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Als Nächstes ist Frau Wojahn dran.

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die verschiedenen Aspekte von politischer Arbeit, die Sie eingebracht haben! Ich bedanke mich wie meine Kollegin, insbesondere bei Ihnen, Frau Bielenberg, dass Sie das Thema der Erwachsenenbildung mit eingebracht haben, und hierzu habe ich Fragen. Ich sehe da überhaupt nicht die Gefahr wie der Kollege, dass nur eine oder bestimmte Zielgruppen als Ziel der politischen Bildung anvisiert und nur sie bespielt werden. So sollte es natürlich nicht

sein. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie in Bezug auf das Bildungszeitgesetz fragen. Diese Möglichkeit, sich politisch zu bilden, ist den Beschäftigten auch ermöglicht worden, und meine Frage ist: Wir sehen, dass nach einer Anfrage des DGB ein ganz kleiner Prozentsatz davon Gebrauch macht.

Deswegen frage ich: Können Sie diese Zahlen unterstützen, warum das so ist? Haben Sie andere Zahlen? Die Landeszentrale für politische Bildung ist sehr gut vernetzt. Inwieweit arbeiten Sie mit den Trägern, die politische Bildung für Erwachsene im Rahmen des Bildungszeitgesetzes anbieten, und wo sehen Sie Notwendigkeiten, die Zahl der Menschen, die davon Gebrauch machen, zu erhöhen? Gibt es auch aufsuchende Arbeit? Auch an Sie würde ich diese Frage stellen wollen. Gibt es Kooperationen, weil Sie gesagt haben, Frau Bielenberg, dass wir uns an Menschen orientieren, die im erwerbsfähigen Alter sind? Gibt es Kooperationen, zum Beispiel mit den Industrie- und Handelskammern? Sie haben auch von nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren gesprochen. Ich würde Sie bitten, das an einem konkreten Beispiel deutlich zu machen. Wir wissen, dass die Gewerkschaften meistens über diese Möglichkeit der Bildungszeit informieren. Sind aus Ihrer Sicht mehr Informationen notwendig und auch inklusiver? Auch an die Landeszentrale ist diese Frage im Zusammenhang mit der aufsuchenden Arbeit gerichtet.

In Bezug auf die Fokussierung des Angebotes, das wir als Politikerinnen und Politiker hier im Abgeordnetenhaus haben, würde ich zu den 300 Schülerinnen und Schülern, die hier durch das Abgeordnetenhaus gehen, wie mein Kollege es angesprochen hat, die Frage erwägen: Warum gibt es nicht das „Abgeordnetenhaus im Dialog“ – – Sieht die Landeszentrale das als eine Möglichkeit, das Angebot „Abgeordnetenhaus im Dialog“ auch mit Erwachsenen Einrichtungen durchzuführen und auch dort politisch zu diskutieren? – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Frau Aydin, bitte!

Sevim Aydin (SPD): Auch von mir vielen Dank an die Anzuhörenden! Vielen Dank, dass Sie hier sind! Ich hätte zwei Fragen, einmal zur politischen Bildung der Erwachsenen. Erstens würde mich interessieren, von welcher Altersgruppe wir sprechen. Sind es die jungen Erwachsenen, die Sie meinten? Die zweite Frage ist: Worauf führen Sie das zurück? Woran liegt es, dass da die politische Bildung fehlt? Die Ursachen würden mich interessieren oder Ihre Bewertung dazu.

Die dritte Frage, die ich habe, ist: Und zwar wurde vor Kurzem die Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024“ veröffentlicht. Wahrscheinlich haben Sie das Diagramm von ZEIT ONLINE auch gesehen. Da war eine Befragungen der 14- bis 29-Jährigen, wie sie wählen würden, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre. Interessant für mich war, das war für mich ziemlich neu, muss ich sagen, dass Jugendliche anscheinend – – Die erste Partei war die AfD, die zweite Partei war die CDU. Die Grünen, die SPD, die FDP und Die Linke sackten ab. Von Linksextremismus kann man da gar nicht mehr reden, denke ich, Herr Lenz. Ich würde gern Ihre Einschätzung hören, wie Sie das bewerten. Wird unsere Jugend jetzt konservativer und mehr rechts? Woran liegt das?

Vorsitzender Marcel Hopp: Danke schön! – Frau Kollegin Schedlich, bitte schön!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Lenz! Nach Ihrer sehr langen Ausführung frage ich mich nun immer noch, was genau die Unterstellung ist, die Sie rüberbringen wollten. Sie wollen anscheinend sagen, dass unsere Zentrale für politische Bildung einzelne politische Meinungen vermitteln würde und keine gute Bildungsarbeit macht – Fragezeichen. Dazu will ich gern anmerken, dass das allein schon aufgrund der Organisationsform, dass es unterschiedliche Träger gibt, die zu diversen Themen arbeiten und weiterbil-

den, so gar nicht gegeben sein kann, wie Sie das hier behaupten. Ich frage mich dann, wie Sie politische Bildung definieren würden, Herr Lenz. Soll das nur Handwerkszeug zum Debattieren, völlig neutral und frei von Meinungen sein? Ich glaube, in der Form wäre das gar nicht möglich.

Dann will ich darauf hinweisen, dass neutral bedeutet: auf dem Boden der Verfassung –, und das wiederum heißt pro Demokratie und pro offene Gesellschaft. Ich habe daher keine Frage mehr anzufügen, sondern Herr Lenz hat selbst schon die Anzuhörenden gefragt, wie politische Bildung ihrer Meinung nach auszusehen hat, und ich freue mich einfach auf die Antwort darauf.

Vorsitzender Marcel Hopp: Danke schön! – Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Ich wollte ergänzend noch die Frage stellen, welchen Bildungsauftrag die Landeszentrale hat. Der ist im Gesetz festgelegt. Da steht, dass die Landeszentrale unterstützen soll, politische Teilhabe zu ermöglichen und zum Beispiel ein Verständnis von Menschenrechten zu vermitteln. Vielleicht könnten Sie dazu auch noch etwas sagen. Es ist sehr gut, dass Herr Lenz heute hier im Ausschuss ist, dass wir gemeinsam über diese wichtigen Gesetzesgrundlagen sprechen können.

Ansonsten wollte ich noch eine persönliche Bemerkung machen. In meiner Partei gab es jetzt eine harte Auseinandersetzung um das Thema der skurrilen Minderheiten, wo gesagt worden ist, dass hier Minderheiten der Mehrheit Dinge aufoktroziert würden. Aber die Frage, welche Nationalität, welches Geschlecht die Menschen haben, welche sexuelle Orientierung, dass es hier um Gleichberechtigung geht, ist grundgesetzlich geschützt. Wenn ein Teil der Gesellschaft, weil sie eine andere Nationalität haben oder nicht die gleichen Voraussetzungen, zum Beispiel nicht das gleiche Einkommen, gar nicht mehr die Möglichkeit hat, Zugänge zum politischen System zu finden, dann brauchen wir Ausgleichsmechanismen, und es ist eine wichtige Frage, wie wir es ermöglichen können, dass alle Menschen in Berlin, die hier leben, die hier ihren Mittelpunkt haben, die jeden Tag hier zur Schule oder zur Arbeit gehen, die Möglichkeit haben, politisch teilzunehmen, unabhängig davon, dass ihnen das im Moment bezüglich des Wahlrechts zum Beispiel verwehrt ist. Die Grenze geht nicht nach Nationalität, sondern die Grenze ist hier klar an der Stelle zwischen den einen oben und unten, die die Möglichkeit haben und den anderen, wo der Zugang strukturell verwehrt bleibt. Die Frage ist, wenn Zugänge strukturell verwehrt bleiben, welche Aufgabe wir haben, um diese Zugänge zu öffnen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Ich wechsle kurz den Hut, und ich versuche, meinen Redebeitrag so kurz wie möglich zu machen.

Marcel Hopp (SPD): Ich wurde direkt vom Kollegen Lenz angesprochen. Deswegen möchte ich kurz darauf reagieren. Erst mal ist es in Ordnung und gut, vor allem bei dem Thema, dass man nicht immer einer Meinung ist. Ich hoffe, wir sind da gar nicht so weit auseinander. Ich habe nicht gesagt, dass politische Bildung das im Sinne zum Beispiel von Minderheiten, die für Gleichstellung kämpfen, einfach übernehmen soll. Das ist nicht der Punkt. Die Aufgabe von politischer Bildung für alle, Sie haben alle angesprochen, sowohl Mehrheitsgesellschaft als auch Minderheiten, ist, zu vermitteln, was auch Frau Schedlich gesagt hat: Was sind Menschenrechte? Was bietet unsere Verfassung? Was ist wehrhafte Demokratie? Was steht im

Grundgesetz? – und nicht nur in der Frage von deklarativem Wissen, sondern in der Frage von Handlungskompetenz. Das ist übrigens auch etwas, und da ist es gut und schön, dass Sie heute hier sind, denn hier ist der Ausschuss für Bildung. In § 1 Schulgesetz, Auftrag der Schule, heißt es unter anderem, und da bitte auf die Verben achten:

„Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten.“

Das ist ein relevanter Punkt. Das gilt für junge Menschen, das gilt aber für alle in dieser Demokratie: Wir möchten, dass wir eine demokratische Gesellschaft haben, die mitgestaltet, die aktiv wirkt. Sie haben zu den Beispielen, die ich genannt habe – Ehe für alle oder Gleichstellung von Mann und Frau –, gesagt: Das Ergebnis war die politische Entscheidung. – Ja, aber dem ist etwas vorangegangen, nämlich der Kampf darum, die Mitwirkung, und dafür braucht es politische Bildung. Deswegen kann man das nicht voneinander entkoppeln. Ich hoffe, ich habe Sie da nicht falsch verstanden. Ansonsten müsste ich Ihnen vorwerfen, dass Sie Ursache und Wirkung an der Stelle miteinander vertauschen. Aufgabe von politischer Bildung ist es zu befähigen, diese Demokratie von innen heraus zu stützen, und das heißt im Falle von Minderheiten, für Gleichstellung zu kämpfen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Als Nächstes ist Herr Meyer dran, und dann würden wir übergehen zur Beantwortung durch die Sachverständigen. Danke für Ihre Geduld! Ich hoffe, es ist auch spannend für Sie. – Herr Meyer, bitte!

Sven Meyer (SPD): Ich fühle mich tatsächlich jetzt auch ein bisschen genötigt, etwas zu sagen, muss ich ganz ehrlich gestehen. – In unserer Verfassung steht drin: Wir sprechen von Toleranz, Menschenwürde, wir sprechen von mündigen Staatsbürgern, von Menschenrechten. Unser Grundgesetz ist in gar keiner Weise wertefrei oder neutral. Es ist genau das Gegenteil. Wir haben ein sehr stark wertebasierendes Grundgesetz, eine sehr stark wertebasierende Verfassung. Die haben wir und die haben – wie heißt es immer – die Väter und die Mütter des Grundgesetzes aus einer bestimmten Erfahrung heraus wertebasierend gestaltet. Wir sprechen in diesem Kontext immer von einer sehr wehrhaften Demokratie mit Institutionen, die genau diese Werte verteidigen sollen. In diesem Kontext ist genau auf diesem Prinzip, Herr Hopp hat es gerade vorgelesen, unsere Schule und unser Bildungssystem aufgebaut: genau diese Werte zu verteidigen und vor allem die Menschen in diesem Land im Rahmen dieser Werte zu bilden. – Darüber freue ich mich immer noch. Dadurch wurde die AdB gestiftet, um genau diese Ideen und diese Werte in diese Stadt mit reinzubringen.

Meine Frage an die Experten ist in dem Fall: Können Sie mir sagen, wie im Rahmen dessen, also im Rahmen dieser Werte des Grundgesetzes, der Auftrag bei Ihnen ist, das heißt, wie Sie diesen leben, wie Sie diese Werte leben und weitergeben, wie Sie versuchen, diese Werte, die im Grundgesetz verankert sind, den Menschen dieser Stadt, dieses Landes weiterzugeben? – Vielen Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – An die Anzuhörenden: Sie sehen, wir alle brennen für das Thema und sind sehr auf Ihre Antworten gespannt. Frau Professor Dr. Achour! Sie haben das Wort für die Fragen, zu denen Sie etwas sagen möchten, und dann würden wir wieder alphabetisch entlanggehen. – Bitte schön!

Dr. Sabine Achour (Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft): Ich könnte jetzt wahrscheinlich auch zwei Stunden sprechen, würde vielleicht, ich weiß nicht, mit den schweren oder mit den einfachen Fragen anfangen, vielleicht mit den Werten. Ich glaube, das ist total klar. Einige haben es auch gesagt: Politische Bildung ist nicht wertneutral, sondern immer zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten da. Wie vermittelt man diese Werte? – Ich glaube, vor allem, indem sie gelebt und erlebt werden. Das geht ein bisschen auf die Erwachsenenbildung und aufsuchende politische Bildungsarbeit ein. Tatsächlich ist Schule ein Ort, der so demokratisiert sein sollte. Ich glaube, daran arbeiten wir immer noch. Die demokratische Schulentwicklung ist sicherlich noch lange nicht abgeschlossen, weil Schule immer auch ein hierarchischer Ort ist. Wir haben da ein permanentes Spannungsverhältnis, das aber auch für Erwachsene besonders wichtig ist an den Orten, wo sie sind, in Vereinen, in der Kirchengemeinde, in der Feuerwehr organisiert, wenn sie in Verwaltung gehen, wenn dort Demokratie erlebt wird. Das ist etwas ganz Zentrales: Wie erreichen wir Menschen? – Indem sich vielleicht auch Personen, die in diesen Strukturen tätig sind, die sich häufig selbst gar nicht als politische Bildnerinnen und Bildner wahrnehmen oder so nicht ausgebildet fühlen, dass wir Menschen da stärken, weil das die Netzwerke sind, wo direkt Demokratie und aber auch das Undemokratische erlebt wird. Da kann ganz viel passieren. Das ist so ein bisschen Oskar Negt „Demokratisierung aller Lebensbereiche“. Das ist sicherlich etwas sehr Utopisches, aber es tut unserer Stadt und unserer Gesellschaft sehr gut zu identifizieren: Wo haben wir sehr undemokratische Strukturen, und wie lassen sich diese demokratisieren? –, auch mit der Perspektive der Wahlen: Wie kommen wir an die Personen ran, die nicht mehr wählen? Da ist es ganz besonders wichtig, dass Politik nicht als Top-down-Prozess erlebt wird, sondern dass man zu den Menschen geht.

Wir wissen, was die Probleme sind. Sie verabschieden sich von Politik, weil sie Politik als genau das erleben: Das ist irgendwas, das ganz fern weg von ihnen irgendwie gestaltet wird. – Das ist etwas, das anders sein muss, und da sind Formate der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit etwas sehr Wertvolles, aber auch etwas sehr Anstrengendes – auf diese Personen zuzugehen und mit ihnen über die Punkte und Fragen zu sprechen, die sie interessieren. Ich glaube, ich erzähle Ihnen gar nichts Neues. Sie machen alle Wahlkampfarbeit, und Sie wissen, wie hart es ist, wenn man am Stand steht und darüber ins Gespräch kommen möchte. Ganz zentral ist, sich auf die Themen und Probleme einzulassen, die in dieser Stadt als relevant erachtet werden. Man mag manchmal, egal, ob man hier sitzt oder an der Universität, so, wie ich, ein bisschen vergessen, wie das eigentlich funktioniert. Insofern ist eine professionell aufgestellte politische Bildungsarbeit meines Erachtens sehr wichtig.

Zu der Frage: Müssen wir politische Bildung nicht nur für Minderheiten machen, sondern auch für andere Personen? Lustigerweise sprechen Sie mir da sehr aus dem Herzen, weil mein Gefühl ist, dass wir uns sehr lange Zeit vor allem mit der Präventionsarbeit immer vermeintlich auf Zielgruppen fokussiert haben, von denen Gefahren ausgehen, und wir haben die Mitte vergessen, also politische Bildung, Demokratiearbeit mit den Personen, die wir jetzt gerade brauchen, die Demokratie verteidigen. Das ist politische Bildung eben auch. Es sind gute und wichtige Programme, was zum Beispiel mit „Demokratie leben!“ läuft, aber nicht außer Acht

zu lassen, dass wir alle erreichen müssen, finde ich ganz zentral, und da immer zu gucken: Wo könnte jemand für uns gefährlich werden? – Das ist für uns aus Perspektive der politischen Bildungsarbeit eine etwas irritierende Ansprache an potenzielle Teilnehmende, wenn das immer potenzielle Gefährderinnen und Gefährder und Extremisten sind. Dass Menschen sich dann nicht angesprochen fühlen, weder von Demokratie noch von politischer Bildung, ist dann wahrscheinlich nicht so richtig verwunderlich.

Zur Medienbildung: Danke für die Frage! Ina Bielenberg hatte das so gut gesagt: Politische Bildung geht gar nicht ohne kritische Medienbildung, und das ist etwas – ich kann das für Universität und für Lehrkräftebildung auf jeden Fall sagen –, das noch sehr viel stärker in dieses ganze Feld geführt werden muss – was uns da aktuell wichtig ist. Es wird Mittel geben über das sogenannte 10-Millionen-Programm – das heißt eigentlich anders, aber es wird immer so bezeichnet –, wo gerade wir als Lehrstuhl politische Bildung aktiv mit dem Fachbereich oder mit dem Institut Publizistik, Kommunikationswissenschaft an einem Zentrum gemeinsam arbeiten, wo wir genau das stärken wollen und nicht nur für die erste Phase der Lehrerinnen- und Lehrerbildung, sondern für alle drei Phasen, weil wir es auch so sehen, dass sich Schule und Unterricht total ändern muss. Im Grunde genommen muss diese Art der kritischen Medienbildung und politischen Bildung – Im Grunde genommen muss so Unterricht funktionieren. Wir müssen total davon wegkommen, mit Schulbüchern zu arbeiten, und uns vielmehr so wie Wissenschaftskommunikation – es war hier ein Beispiel, was über soziale Medien mittlerweile alles passiert – kritisch darauf zu gucken, wie in sozialen Medien kommuniziert wird, egal in welchen Fächern, wo man auch merkt, dass es nicht nur eine Aufgabe des Faches Politische Bildung ist, sondern eine ganz zentrale Querschnittsaufgabe. Da merkt man schon, dass die dritte Phase der Lehrkräftebildung zentral wird, weil es gar nicht ausreicht, die jungen, nachkommenden Lehrkräfte darin zu professionalisieren, sondern für Schule ist immer wichtig: Wie erreichen wir den existierenden Tanker? Wie kommen wir da eigentlich an die Menschen ran?

Als Letztes noch mal zur Frage: Sollen jetzt alle das Abgeordnetenhaus besuchen? – Danke auch für diese Frage! Ja und nein. Meine Erfahrung ist, dass es für Schülerinnen und Schüler wirklich – Wenn sie tatsächlich ins Gespräch kommen mit jemandem von Ihnen, und dann nimmt sich wirklich jemand Zeit, hat das unfassbar große Effekte. Das können Sie sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen. Oft geht es gar nicht darum, Parteiprogramme zu erklären und wie dieses Haus hier aussieht, sondern Sie als Menschen zu erfahren, auch in der politischen Kontroverse. Oft interessiert sie der ganz menschliche Zugang – warum hat hier nicht jeder einen Anzug an? – dann total, und darüber mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und damit zu zeigen, dass Politik ein Bottom-up-Prozess ist, ist häufig in diesem persönlichen Gespräch möglich. Nicht jeder Schüler oder jede Schülerin braucht aber eine Hausführung. Darum geht es, glaube ich, gar nicht. Das ist auch schön, und das ist auch etwas Wichtiges, weil es einfach beeindruckend ist, in dieses Gebäude kommen zu dürfen. Auch wir waren in diesem Projekt „Politische Bildung mit allen“, also mit Schülern, die Förderschulen besuchen, hier, und es war unfassbar beeindruckend für die, dass sie da sein durften, weil sie eigentlich immer das Gefühl haben, sie gehören nicht so richtig mit dazu. Sie hatten einen sehr spannenden Diskurs mit der damals bildungspolitischen Sprecherin der CDU, warum es zum Beispiel diese Förderschulen überhaupt gibt und sie sich aber immer abgestempelt fühlen. Ich glaube, das war für beide Seiten etwas ganz Fruchtbare, und die haben da sehr viel mitgenommen. – Jetzt überlasse ich euch auch noch ein bisschen Zeit. – Danke!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Frau Bielenberg, bitte!

Ina Bielenberg (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.): Vielen Dank für die ganzen Fragen! Ich versuche, es ein bisschen zu sortieren. Es gab mehrere Fragen zum Thema politische Bildung und Medienbildung, wie sich das sinnvoll miteinander verknüpfen lässt und was es da für unterschiedliche Ansätze gibt. Zum einen möchte ich sagen, dass das insbesondere für junge Menschen kein Gegensatz mehr ist, die reale Welt und die Onlinewelt. Das ist eins. Da gibt es keinen Unterschied mehr, sondern das Leben in der Onlinewelt ist Teil der realen Lebenssituation. Insofern macht es überhaupt keinen Sinn mehr, hier von zwei verschiedenen Dingen zu sprechen. – Das ist das eine.

Das andere ist: Es gibt relativ viele Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und für politische Bildnerinnen und Bildner zum Thema TikTok, Twitch in der politischen Bildung. KI hatten wir jetzt gerade als Thema in der politischen Bildung. Was das Thema Fake News angeht – wie gehe ich damit um? Was kann ich erkennen? – haben wir zum Beispiel gute Erfahrungen damit gemacht: Wir machen Seminare, wo die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst Fake News produzieren, und über diese Selbstproduktion: Was löst das aus? Wie einfach geht das eigentlich, und wie kann man daraus eine ganze Geschichte spinnen? –, wird in Gang gesetzt: Ach so! So funktioniert das, und das steht dahinter. – Das wäre mal ein Beispiel, wie man etwas in der realen Praxis aufgreifen könnte.

Dann kam eine Frage von dort vorn zum Thema Netzwerk: Was fehlt denn noch? – Einmal auf der globalen Ebene gesagt: Uns fehlen schlicht und ergreifend Lehrstühle. Es gibt Lehrstühle, wie Sabine Achour ihn bekleidet, zur Ausbildung politischer Lehrkräfte an Schulen. Es gibt aber überhaupt keine Lehrstühle für den außerschulischen politischen Bildungsbe- reich. Das ist ein echtes Manko, was die wissenschaftliche Ausbildung und wissenschaftliche Weiterbildung angeht, und es fehlt Forschung. Gerade beim Schreiben des Kinder- und Ju- gendberichtes sind wir unglaublich oft über Fragen gestolpert und haben gedacht: Ah! Da holen wir uns jetzt mal Informationen –, und es gab nichts. – Das wäre auf so einer Metaebe- ne. Das andere wäre, ich kann nur sagen, noch weitere Akteure für die Netzwerke gewinnen. Berufsschulen zum Beispiel wären noch so ein Feld, dem man sich gut widmen könnte, natür- lich die finanzielle Unterstützung, das führe ich jetzt nicht weiter aus. Was mir aber ganz wichtig ist, ist auch der politische Rückhalt. Wir brauchen den politischen Rückhalt von Ihnen, zu sagen: Wir wollen das, wir finden das wichtig, und wir unterstützen das. – Das ist für unsere Arbeit von zentraler Bedeutung. – Das waren die Medien.

Das Thema Erwachsenenbildung hat mehrere bewegt. Wie schaffen wir es, gerade Erwachse- ne im erwerbsfähigen Alter zu interessieren? Warum ist der Teil der Bildungszeit nur so ge- ring genutzt? Welche Zugangsmöglichkeiten gibt es? – Auch hier ist es mehr, wie soll ich sagen, Praxisevidenz denn eine wissenschaftliche Untersuchung. Einmal möchte ich sagen, dass wir für viele Erwachsene, die wir schwierig erreichen, seien es Erwachsene mit Migrati- onsgeschichte oder die, die in der sozialen Unterstützung sind et cetera, Brückenpersonen brauchen, die uns dort die Türen öffnen. Das ist ganz wichtig. Die Unterstellung, die hätten kein Interesse an Politik, ist schlicht falsch. Die haben sehr wohl ein großes Interesse an Poli- tik. Sie nennen es manchmal nicht so. Wenn ich von eigener Diskriminierungserfahrung oder von der Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden oder einen Arbeitsplatz zu bekommen, erzäh- le, dann ist das hochpolitisch, es wird aber selbst gar nicht so genannt. Dann ist es unsere Aufgabe, dieses politische Interesse in einem Angebot sichtbar zu machen.

Bildungszeit: Sie nennen es hier zum Glück Bildungszeit. Wir hatten lange den Begriff Bildungsurlaub, und dieser Bildungsurlaub hat immer noch ein Geschmäcke. Ich muss es leider so sagen. Es wird immer noch ein bisschen komisch geguckt, wenn man in der Firma Bildungsurlaub beantragt, und der ist nicht dafür, sich beruflich fortzubilden, sondern eher in Fragen der politischen Bildung. Das hat immer noch nicht den Ruf, dass es wichtig ist. Interessanterweise kann ich hier kurz aus dem Nähkästchen plaudern, dass eine große deutsche Firma, die hier ansässig ist, sich in der letzten Woche an uns, an den AdB, gewandt hat und gesagt hat: Wir sehen die Notwendigkeit der politischen Bildung bei unseren Auszubildenden, und wir würden gern mit euch zusammenarbeiten, um eine Woche mit denen zu diesem Thema zu arbeiten, weil wir als Firma nämlich darauf angewiesen sind, dass die unterschiedlichen Menschen mit ihren unterschiedlichen Herkunft und Ansichten in unserer Firma zusammenarbeiten. – Ich fand es eine ganz interessante Entwicklung, dass man seine Verantwortung als Firma seinen Auszubildenden gegenüber sieht.

Was habe ich noch? – Verstehen Sie sich als Akteur? Machen Sie Politik oder Bildung? – Wir machen Bildung. Wir sind keine Aktivisten. Bitte sehen Sie es mir nach. Ich muss ein bisschen schmunzeln, weil ich mich noch sehr gut an einen CDU-Innenminister auf Bundesebene erinnere, der uns Trägern mal gesagt hat: Sehen Sie! Die Gesellschaft ist wie eine Tischdecke, und die franzt an den Rändern aus, und deshalb müssen Sie sich um die Ränder kümmern. – Sie drehen das gerade um und sagen: Sie kümmern sich nur um die Ränder. Sie erreichen die Mitte nicht. – Ich würde ein Fragezeichen dahinter machen und sagen: Das ist eine Diskussion, die mich ein bisschen sprachlos macht, denn normalerweise lautet der Vorwurf andersrum, denn normalerweise lautet der Vorwurf an uns: Ihr erreicht nicht die, die es nötig haben – was gar nicht unser Ansatz ist –, und ihr erreicht nur die bildungs- und politikaffinen Menschen. – Ich würde sagen, wir haben den Auftrag, grundsätzlich offen für alle zu sein, und nach der Beurteilung meiner Praxis würde ich sagen, das gelingt durchaus. Es ist natürlich ein Unterschied, ob Sie eine Bildungsstätte im Thüringer Wald haben, in Berlin oder in Gelsenkirchen. Dann haben Sie naturgemäß ein anderes Einzugsgebiet. Das kann man aber der Einrichtung nicht vorwerfen. Insofern würde ich sagen: Ja, selbstverständlich, offen für alle, und selbstverständlich alle zu erreichen. Ich finde, das sind wir auch schuldig, weil wir zum Beispiel öffentlich gefördert werden. Da gibt es nicht die Möglichkeit und, ich finde, auch nicht die Richtigkeit zu sagen: Wir wenden uns nur an eine bestimmte Zielgruppe. – Das war das.

Wahlverhalten von Jugendlichen: Da kann ich auch nur spekulieren. Ich weiß es nicht. Ich müsste mir selbst auch noch genauer ansehen, was dahinter steckt. Ich kann nur vermuten, Krisenzeiten, Corona auch noch. Wir haben diese Coronazeit sehr auf Kosten von jungen Menschen gestaltet, große Unsicherheiten. Ich kann im Moment auch nur spekulieren und keine Auskunft dazu geben.

Dann noch zur Frage Grundgesetz: Ich stimme Ihnen zu. Selbstverständlich ist politische Bildung nicht neutral, sondern sie ist an Demokratie und Menschenrechte gebunden. Und wie zeigt sich das? – Ich finde, es zeigt sich in der demokratischen Errungenschaft, dass wir eine Trägerlandschaft und eine staatliche Landschaft haben, die unglaublich breit gefächert ist. Das heißt, Menschen haben das Wahlrecht. Gehe ich in eine katholische Bildungsstätte? Besuche ich den Kurs der Gewerkschaft? Gehe ich zur Friedrich-Ebert-Stiftung? Es ist eine unglaublich

che demokratische Errungenschaft, dass wir ein so breites Feld haben mit einem Angebot, das allen die Wahlmöglichkeit lässt. – Ich hoffe, ich bin so weit auf alles eingegangen. – Danke!

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Herr Çınar!

Safter Çınar (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg): Danke schön! – Weil das angesprochen worden ist, ist mir eingefallen: Wir als Türkischer Bund haben noch ein Projekt mit Oberschule und OSZ. Das Thema ist immer Internetnutzung, Social-Media-Schutz und nicht auf jeden Knopf zu drücken, um das mal zu verkürzen. Ich war nie dabei, das machen andere, aber die sagen, dass die jungen Menschen, die daran teilnehmen, immer großes Interesse, Aktivität zeigen, nicht nur stumm teilnehmen und bei der einen oder anderen Sache doch ein Aha-Effekt entsteht. Man kann hoffen, dass sie sich dann etwas mehr schützen.

Zu dem allgemeinen Thema: Ich weiß nicht, ob es daran liegt, dass ich nicht Politologie, sondern Betriebswirtschaft in Berlin studiert habe, aber wie soll politische Bildung neutral sein? – Es wird schon im selben Satz gesagt: Soll neutral, aber demokratisch sein. Das ist schon eine Wertung. Ich muss nicht demokratisch sein. Solange ich nicht an die Waffen gehe, muss ich als Bürger nicht demokratisch sein und auch die Demokratie nicht gut finden. Das heißt, wenn die Vorgabe gemacht wird, die politische Bildung muss demokratisch sein, ist schon eine politische Richtung gegeben. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt sind diese berühmten Minderheiten. Natürlich ist die Demokratie für alle da, aber vor allem ist sie ein Schutz für Minderheiten, damit sie gleiche Rechte bekommen. Die LGBTQ-Gruppen, die in den Fünfzigerjahren noch im Knast gelandet sind, haben zumindest formal gleiche Rechte, weniger durch die Politik als durch das Bundesverfassungsgericht. Das nebenbei. Aber das ist ein Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfes, und es ist Teil der Demokratie, dass ich mich als eine Gruppe, egal, wie ich die Gruppe definiere, dafür einsetze, dafür kämpfe, dass ich diskriminierungsfrei und gleichberechtigt leben kann. Mann, Frau kann das Gruppeninteresse nennen, aber ich sehe daran nichts Schlimmes, solange es ein demokratisches Ziel hat. Ich hatte es beim ersten Mal gesagt: Sowohl in der Mehrheitsgesellschaft, aber vielleicht etwas überproportional in der migrantischen Gesellschaft gibt es mehr Bedarf an politischer Bildung, und wenn die Landeszentrale das in Anspruch nimmt, macht sie eine gute Sache, denn wir wollen, dass sich alle Teile der Gesellschaft, auch wenn sie mit dem Leben als solchem nicht sehr zufrieden sind, trotzdem an die Demokratie halten, erstens, und zweitens auch ihre Rechte wahrnehmen. Insofern überzeugt mich diese Kritik überhaupt nicht. – Danke!

Vorsitzender Marcel Hopp: Danke schön! – Frau Professor Dr. Zehnpfennig, bitte!

Dr. Barbara Zehnpfennig (Universität Passau): Ich habe jetzt eigentlich gar keine Zeit mehr, deswegen muss ich es extrem kurz machen. – Zur Frage nach widerspruchsfreien Räumen: Diese Räume dehnen sich in unserer Gesellschaft aus. Es ist nicht nur die Blasenbildung im Internet, wo man nur noch unter seinesgleichen verkehrt, sondern es werden Safe Spaces an der Uni geschaffen, um nicht mit anderen Meinungen belästigt zu werden. Es gibt die Cancel-Culture, die darum bemüht ist, dass man mit anderen Positionen oder solchen, die man für falsch hält, nicht mehr konfrontiert wird. Das ist ein gesellschaftlicher Trend, der insgesamt konterkariert werden muss, und das kann man nicht nur durch Verbotsversuche machen, sondern man muss Anreize setzen und zeigen, dass es interessant ist, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen, dass es ein Zugewinn ist. Man kann zum Beispiel, das wäre ein Mittel in der politischen Bildung, zu Bildende dazu bewegen, mal in einer Diskussion mit Begeisterung die Positionen zu vertreten, die sie nicht mögen, also einfach mal diese Perspektivumkehr zu erleben und sich dann in die Situation des anderen hineinzusetzen und Argumente für seine Position zu finden. Ich glaube, das ist unendlich lehrreich. Das wäre eine Möglichkeit, diese Segregation zu konterkarieren.

Zweiter Punkt, Identitätspolitik: Ich meinte nicht Interessengruppen, die ihre Interessen gesellschaftlich vertreten, die Frauenrechte und Ähnliches. Das ist nicht das Problem, sondern Identitätspolitik ist poststrukturalistisch ausgerichtet, hat dieses Täter-Opfer-Schema, eine Sicht auf die Wirklichkeit, die bestimmt ist von Kollektiven, die eine kollektive Identität und damit auch kollektive Interessen haben. Das ist antiindividualistisch gemeint. Jeder, der weiß ist, ist von Natur aus Rassist. Der kann gar nicht anders, das ist strukturell so. Das sind solche Denkmuster. Weil diese Gruppen partikularistisch sind, treten sie auch gegeneinander an. Man hat mit dieser Identitätsbildung in diesen Kollektiven auch eine Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung, die ohnehin schon ein großes Problem darstellt, und man hat mit diesem kollektivistischen Ansatz auch einen antiuniversalistischen, weil damit die Unterschiede zentral werden und nicht wie im universellen Menschenbild, das Grundlage unseres Systems ist, sekundär. Das Primäre ist im universellen Menschenbild das Menschsein, und sekundär sind Geschlechtsunterschiede und so weiter, die aber eigentlich keine Rolle spielen sollen, und die Identitätspolitik kippt das um. Die sagt, die Unterschiede sind das Entscheidende. Ein universelles Menschsein gibt es da eigentlich nicht. Das kritisiere ich und halte es für problematisch als Bewegung im Unterschied zu Interessengruppen. Aber noch problematischer finde ich es, wenn diese Sicht der politischen Bildung zugrunde gelegt wird und sie nicht Gegenstand der politischen Bildung, der kritischen Prüfung ist. Das war mein Ansatzpunkt.

Das wertebasierte Grundgesetz und unsere Demokratie: Ich habe bei Ihnen nicht so ganz verstanden: Halten Sie die Forderung, dass die politische Bildung neutral sein muss, für falsch, oder halten Sie die Forderung für falsch, dass die politische Bildung Demokratiebewusstsein vermitteln soll?

Safter Çınar (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg): Politische Bildung kann nicht neutral sein, war mein Satz.

Dr. Barbara Zehnpfennig (Universität Passau): Okay! – Das meinte ich auch nicht. Sie muss auf dem Boden der Demokratie stehen und die demokratischen Werte verteidigen. Aber zu den demokratischen Werten: Einer der Grundwerte ist die Freiheit, und die Freiheit erfordert Offenheit gegenüber Pluralität und nicht die Dominanz und Hegemonie einer Position. Man vermittelt schon Werte der Demokratie, wenn man den Pluralismus hochhält. Das ist ein

Mittel, um Grundwerte der Demokratie zu verteidigen. Was ich auch denke, womit man Grundwerte unserer Demokratie mit verteidigt: Ich versuche immer, in der politischen Erwachsenenbildung, aber auch in der Bildung von Jugendlichen deutlich zu machen, wie dankbar man gerade angesichts der Situation in der Welt sein muss, in einem solchen System wie dem unseren aufwachsen zu dürfen, und dass das, was wir an Freiheitsrechten genießen, nicht selbstverständlich ist, sondern ständig bedroht ist und immer wieder neu erkämpft werden muss. Das ist nicht eine Gabe, die man so wegkonsumiert. Dann verschwindet sie. Das ist für mich ein Mittel, die Werte unserer Demokratie zu vermitteln und auch dazu aufzurufen, sie aktiv zu verteidigen. – Vielleicht so viel dazu.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil unsere Beratung hier recht viel Raum eingenommen hat, würde ich umso mehr dafür plädieren, dass wir trotz der fortgeschrittenen Zeit Herrn Gill und Herrn Dr. Raiser für die Landeszentrale und für die Fachaufsicht noch die Zeit geben für die Stellungnahme, auch für das Eingehen auf Fragen, die sie gerichtet wurden. Ich nehme an, dass wir nicht länger als bis 17.15 Uhr dafür brauchen, und dann sind wir auch schon fertig. Es ist so ein bisschen die Hoffnung, dass das prägnant ist. Ansonsten wäre am Ende Frau Dr. Lasić noch mal dran. – [Dr. Maja Lasić (SPD): Nein!] – Okay, alles klar! – Dann bitte, Herr Gill und Herr Dr. Raiser. Sie haben das Wort.

Thomas Gill (Berliner Landeszentrale für politische Bildung; Leiter): Lieber Herr Vorsitzender! Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Liebe Abgeordnete! Sie müssen mich offensichtlich öfter einladen, denn ich habe noch nicht mal die Chance, etwa ein Viertel Ihrer Fragen zu beantworten. Zudem habe ich mich manchmal zwischendrin gefragt, ob Sie uns eigentlich brauchen, denn Sie waren selbst sehr gut in der Diskussion.

Ich versuche mal, auf ein paar Punkte einzugehen. Ich bin Frau Zehnpfennig sehr dankbar. Sie hat ganz am Anfang den klassischen Bildungsbegriff noch einmal starkgemacht und darauf verwiesen, dass es immer um Anreize für die inneren Bildungsprozesse geht. So ein Verständnis ist wichtig, und ich nehme manchmal wahr, gerade, wenn Politik politische Bildung gibt, dass es eine Erwartung gibt, dass wir etwas von außen steuern könnten. Wir müssen davon ausgehen: Wir sind letztendlich Lernbegleiterinnen und -begleiter in der politischen Bildung. Wir können Rahmenbedingungen schaffen, um Menschen selbst in Reflexionsprozesse zu bringen und sich Dinge anzueignen. Wir können das nicht für sie selbst tun. Das ist aber nicht neutral. Das wäre ein völliges Missverständnis. Es ist schon auf die Verpflichtung des Grundgesetzes hingewiesen worden, die eine deutliche geschichtliche Vorgeschichte hat – warum das Grundgesetz so gefasst ist. Es gibt aber auch noch eine politikdidaktische Begründungen dafür, warum das nicht neutral sein kann. Wir wollen Menschen zu politischen Menschen machen. Wir wollen sie darin stärken, politische Menschen zu sein, sich selbst zu positionieren, selbst politisch zu handeln. Das ist ein bisschen schwierig, wenn man sich selbst als unpolitischen Menschen enttarnen würde, wenn man es vielleicht gar nicht ist. Wenn man in die politische Bildung geht, ist man in der Regel ein politischer Mensch. Es ist viel voraussetzungsvoller als Sie sich das, glaube ich, vorstellen. Es geht nämlich darum, einerseits als politischer Mensch sichtbar zu werden und sich trotzdem zurückzunehmen. Das geht, aber das bedarf der Reflexionsprozess. Darüber müssten wir jetzt viel länger reden. Aber ich glaube, man darf hier nicht zu schnell Kurzschlüsse ziehen, die in der ganz konkreten Arbeit aber eine große Relevanz haben.

Sie haben mehrfach gefragt, wie es mit einem zweiten Standort ist. Eigentlich wollten wir die Einladung morgen nach der Kuratoriumssitzung rausschicken, weil wir als Erstes das Kuratorium informieren wollen; einige von Ihnen sind Kuratoriumsmitglieder. Sie können sich alle bitte schon den 4. Juni in den Kalender schreiben, das ist ein Dienstag, zwischen 15 Uhr und 19 Uhr. Das ist in Form eines Bürgerfestes. Sie können irgendwann gern vorbeikommen. Bleiben Sie ein bisschen länger! Es gibt ein verschiedenes Programmangebot. Sie erhalten alle noch die Einladungsmail.

Ich gehe jetzt aufgrund der Kürze der Zeit mal auf die vier vielleicht wichtigsten Punkte ein, die auch von den Anzuhörenden genannt wurden, wo Entwicklungsperspektiven wären, und versuche, das noch mit ein paar anderen Fragen zu verbinden.

Das eine ist die Frage der politischen Erwachsenenbildung: Bräuchten wir nicht eine viel breitere Ansprache der gesamten Berliner Bevölkerung und nicht so sehr in projekthafter Denke? – Das Erwachsenenbildungsgesetz ist schon angesprochen worden, wo auch die Landeszentrale genannt ist, wo sich überhaupt erst mal Berlin zur Förderung einer Erwachsenenbildung – Klammer auf: über die Volkshochschulen hinaus – bekennt. Das ist eine wichtige Grundlage. Tatsächlich gibt es ein vergleichbares Bundesland, nämlich Hamburg, das genau so eine politische Erwachsenenbildung fördert. Ich habe mal nachgezählt: Es gibt insgesamt 70 Bildungsfreistellungsseminare in diesem Rahmen. Es gibt ein breites Angebot für Arbeitnehmende, ganz unterschiedliche Bereiche. In Berlin sind wir jetzt, nachdem das Gesetz verabschiedet war – – Wir haben 50 000 Euro im Haushalt, und wir haben noch ein paar Mittel draufgepackt. Wir konnten zehn Bildungsurlaubsseminare fördern. Da gäbe es ein Riesenzentrum. Die Mittel stellen Sie zur Verfügung. Aber wir haben eine gesetzliche Grundlage, es gibt auch die Träger, aber es wurde auch gefragt, wie das Trägerspektrum aussieht. Wir hatten vor einem halben Jahr eine umfängliche Trägerbefragung. Wir haben 315 Träger identifiziert und angeschrieben, 150 haben sich daran beteiligt. Es ist schon sehr deutlich, dass Sie, wenn es um die Frage geht, wer ein größerer Träger der politischen Bildung mit fünf bis vielleicht 15 Mitarbeitern ist, in der originären politischen Erwachsenenbildung relativ wenig finden. Das liegt schlicht daran, dass es nämlich keine grundsätzliche Förderung in diesem Bereich gibt. Das scheint mir eine große Aufgabe zu sein, insbesondere, ich denke, da sind wir uns einig, weil es gerade für die Gruppe von Erwachsenen viel grundständiger aus ganz unterschiedlichen Gründen Angebote der politischen Bildung geben muss.

Der zweite Punkt war der des Kompetenzzentrums, um stärker eine Verbindung von Schule mit außerschulischer Bildung zu ermöglichen. Das ist schon länger in der fachlichen Diskussion. Wir haben am Anfang als Landeszentrale – – Am Anfang sage ich jetzt, denn ich feiere am 1. Mai zehnjähriges Dienstjubiläum. Ich habe vor der Sitzung mal zurückgeblickt. Tatsächlich war es am Anfang wichtig, erst mal die Erwachsenenbildung aufzubauen, aber es war schon klar, dass es in diesem Bereich einiges zu tun gibt. Wir sehen das an dem Programm Politische Bildung, es ist schon genannt worden. Es gibt Bereiche, wo es stärker abfließt und weniger. Wir wissen aber durch die Schulinspektion durchaus auch, wo eventuell Entwicklungsbedarfsbedarfe, demokratische Schulentwicklung wurde genannt, bestehen.

Ich würde mal drei Bereiche sehen, in denen wir in den letzten Jahren insbesondere aus Sondermitteln der Bundeszentrale einige Projekte umsetzen konnten. Frau Professor Achour hat schon das Projekt mit den Schulen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen genannt. Das wäre ein Bereich. Wir haben ein anderes Projekt durchgeführt im Bereich Oberstufenzentren.

Das haben Sie auch mehrfach angesprochen. Der dritte Bereich wären die Grundschulen. Ich weiß nicht, ob Sie diese Broschüre mitbekommen haben. – Wenn nicht, müssen Sie ein Weilchen warten, denn wir haben vor acht Wochen 2 500 Stück gedruckt. Die sind inzwischen alle an die Schulen abgeflossen, und wir hatten inzwischen noch 1 600 Downloads. Es geht darum, Lehrkräften ein Material zur Verfügung zu stellen, um Schülervertretungen an Grundschulen umzusetzen. Der Anlass war, dass es jetzt ab der 1. Klasse passieren soll.

Was mir wichtig dabei ist, wenn wir über dieses Kompetenzzentrum reden: Es geht um mehr als um Angebote für Schülerinnen und Schüler. Es geht im Sinne einer demokratischen Schulentwicklung, im Sinne einer strukturellen Verankerung auch um Entwicklungsprozesse, die in dem Matching, das die Landeszentrale herstellen kann, passieren können. Das können wir gut nach dem, was wir an Projekten durchführen konnten, untersetzen. Da gibt es eine ganze Reihe von Erfahrungen.

Dann war noch die Frage, auf wen wir besonders zugehen müssten. Vielleicht noch mal ganz kurz: Das Erste, das ich getan habe, als ich in der Landeszentrale angefangen habe, war, die klassischen Bereiche wieder aufzubauen. – Bei Publikationen: Wir geben heute 40 000 Bücher im Jahr ab, nicht 10 000. Davon gehen 70 Prozent an Menschen, die keine Gebühren zahlen müssen, weil sie nachweislich nicht die Mittel haben. Das heißt, wir erreichen auch die, die wir eigentlich erreichen wollen, damit.

Unsere Veranstaltungen sind von 50 auf 200, die Teilnehmer von 2 000 auf 10 000 angewachsen. Bei der Förderung im Rahmen der Richtlinie hatten wir am Anfang 44 000 Euro zur Verfügung, jetzt sind es 430 000 Euro. Damit ist unendlich viel mehr möglich. Wir haben schon sehr genau erst einmal auf das Kerngeschäft geguckt, haben aber sehr schnell feststellen müssen, dass wir damit ganz viele Menschen in dieser Stadt nicht erreichen. Daher sind diese Ansätze aufsuchender Arbeit entstanden, zuerst vor allen Dingen sozialräumlich orientiert.

Sie haben gefragt: Welche Bedeutung hat die Förderung durch die Bundeszentrale? – Wir haben in den Jahren 2020 bis dieses Jahr 2024 insgesamt 1 Million Euro Mittel von der Bundeszentrale und vom Bundesbauministerium bekommen. Die laufen jetzt aus und haben keine Chance auf Verlängerung oder Verstetigung. Es ist ganz klar, dass viele Dinge nur möglich waren, weil es Sondermittel der Bundeszentrale gibt, die definitiv – Ich hab schon gebettelt, aber da wird bis 2026 nichts passieren. Der aktuelle Doppelhaushalt der Bundeszentrale gibt es bedauerlicherweise überhaupt nicht her, noch so etwas unterstützen zu können.

In welchen Bereiche müssten wir mehr machen? – Wir haben jetzt zwei Ausschreibungen, Interessensbekundung neu gemacht. Das eine war eine arabischsprachige Community. Wir haben elf Anträge bekommen. Sieben davon waren wirklich sehr gute Anträge, die wir gern fördern würden. Für drei reicht das Geld. So ähnlich sieht es im Bereich Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion aus. Auch da haben wir zehn Projektanträge bekommen, werden aufgrund von Sondermitteln im Zusammenhang mit der Ukraine vier fördern können. Ein Bereich, wo wir definitiv hinkommen müssten, ist, politische Bildung in Moscheegemeinden zu ermöglichen. Da bräuchten wir andere Akteure. Da brauchen wir als Landeszentrale, das gilt aber für alle diese Bereiche, überhaupt gar nicht hinzugehen. Der Gewinn unserer Arbeit liegt tatsächlich in der Kooperation mit ganz unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Zur Frage dieser aufsuchenden Arbeit, weil gesagt wurde: Wie ist es mit der Erwachsenenbildung mit Politik zusammen? – Genau dies machen Träger wie der TBB und andere, die mit unseren Mitteln niedrigschwellige Angebote der politischen Bildung organisieren, unter anderem Gespräche mit Menschen hier aus dem Abgeordnetenhaus oder aus anderen Ebenen, um überhaupt so etwas wie persönliche Nähe herzustellen. Irgendjemand von Ihnen hatte es schon als einen wichtigen Faktor genannt, dass es gar nicht mehr nur um die Inhalte geht, sondern auch um die Frage der Nahbarkeit und, dass Politik nicht irgendwas ist, das völlig entfernt und außerhalb des eigenen Lebens ist, sondern sich konkret mit Gesichtern, mit Menschen und Erinnerungen an gute Diskussionen verbindet.

Zur digitalen Medienbildung: Wir sind da in bestimmten Bereichen schon unterwegs. Der eine ist einmal der ganz grundsätzliche, eher theoretische: Was heißt es eigentlich? In welcher Welt leben wir? Ina Bielenberg hat darauf verwiesen, dass wir ohnehin schon in einer hybriden Welt leben. Da arbeiten wir sehr gut mit dem Weizenbaum-Institut zusammen und machen das zumindest in Form einer Broschürenreihe. Die erste ist vor zwei Jahren erschienen. Die nächste kommt jetzt. Die hat leider ein Jahr Verspätung, und wir werden auch weitermachen, für die Fachdebatte etwas beizutragen.

Der zweite Bereich sind Angebote, die im Netz Alternativen bilden zu dem, was man vielleicht in Social Media im Moment oft findet. Das haben wir bisher vor allen Dingen punktuell machen können. Für eine dauerhafte starke Bespielung würden uns jegliche Mittel fehlen. Wir probieren jetzt mal aus, über eine Agentur Dinge zur Europawahl auf TikTok zu machen, aber generell darf man nicht zu technikfixiert sein, denn es geht nämlich im Dritten um etwas ganz anderes. Das ist auch schon von den Anzuhörenden angesprochen worden. Es geht um so etwas wie eine ganz klassische politische Medienbildung, bloß im Bereich des Digitalen. Es geht darum, Menschen ganz grundsätzlich kompetent zu machen, mit dieser Veränderung dieser Welt umzugehen, eine eigene Haltung zu entwickeln. Wir werden immer zweiter Sieger sein, wenn wir nur Gegenargumente liefern müssen. Wir müssen Menschen befähigen, das zu verstehen. Ina Bielenberg hat das Beispiel gebracht, selbst zu merken, wie man so was herstellt. Da haben wir Ideen. Da haben wir Kontakte. Da haben wir kein Geld und kein Personal. Das muss man auch ganz klar sagen.

Dann war noch die Idee mit dem parlamentarischen Abend. Ich kann nur darauf verwiesen, dass das die Bundeszentrale macht. Die wäre – Sie haben offensichtlich alle ein großes Interesse an einem Fachdialog – genau der Ort, so etwas weiterzuführen und wo es für die Abgeordneten auf Bundesebene stattfindet, und oft lädt die Bundeszentrale in Kooperation mit dem Parlament ein. Das kann ich mir sehr gut auch auf Landesebene vorstellen. – Jetzt, glaube ich, habe ich die wichtigsten Punkte auf meinem Zettel abgearbeitet. – Besten Dank!

Vorsitzender Marcel Hopp: Danke schön! – Herr Dr. Raiser! Wollen Sie noch etwas hinzufügen?

Dr. Ulrich Raiser (SenBJF): Angesichts der fortgeschrittenen Zeit sind wahrscheinlich alle dankbar, wenn ich mich hier sehr knapp halte. Ich bin zugleich Fachaufsicht Landeszentrale und Leiter des Referats für Erwachsenenbildung, lebenslanges Lernen. Da die Erwachsenenbildung sehr ausführlich angesprochen wurde, kann ich nur sagen: Es gibt zahlreiche Einrichtungen in Berlin, die nicht im Kern politische Bildungsarbeit machen, aber trotzdem diesem

größeren Bereich zuzurechnen sind, zum Beispiel die Berliner Volkshochschulen als öffentliche Einrichtungen in bezirklicher Trägerschaft. Dort passiert sehr viel politische Bildung, Demokratiebildung und auch Gelegenheiten zur sogenannten Selbstwirksamkeit, also das aktive Praktizieren von demokratischem Diskurs, was hier auch angesprochen wurde.

Dann möchte ich erwähnen, weil es niemand sonst gemacht hat, dass es auch andere Ressorts gibt, für die der Ausschuss nicht zuständig ist, in denen sehr viel über Demokratieförderung nicht nur nachgedacht, sondern auch praktiziert wird. Dazu gehört nicht zuletzt die die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, die zurzeit federführend ein Demokratiefördergesetz erarbeitet, was Sie sicher wissen. Deswegen ist es möglicherweise überlegenswert, dass man sich im parlamentarischen Raum, aber auch senatsverwaltungsübergreifend vielleicht noch ein bisschen enger darüber abstimmt, was die gemeinsamen Ziele sind, die man verfolgt, weil es relativ viel Geld und aus unterschiedlichen Ressorts Initiativen gibt, die wahrscheinlich in eine ähnliche, aber vielleicht nicht ganz in die gleiche Richtung gehen. Das beobachten wir nur, weil wir auf Arbeitsebene im engen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen sind. Insofern kann man das vielleicht noch mal überlegen. – Dabei würde ich es jetzt bewenden lassen.

Vorsitzender Marcel Hopp: Vielen Dank! – Ich schlage vor, dass wir entsprechend der Ausschusspraxis bei Anhörungen mit einem Wortprotokoll Punkt 4 der Tagesordnung vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Können wir darüber Einvernehmen herstellen? – Sehr schön! Dann verfahren wir so. Dann bleibt mir noch zu sagen: Vielen Dank an die Anzuhörenden für die Teilnahme an der heutigen Sitzungen und dafür, dass Sie unsere umfangreichen Fragen so umfänglich beantwortet haben!

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.